

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 108 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 12. Mai 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Hendersons Mißerfolg

Seite 2

Wohnung

in der Leichenhalle

Sozialdemokratisches

Keldentum

Seite 3

Deutschland fabriiziert Ersatz

Seite 4

Frankeichs Saarpolitik

Seite 6

Innerdeutsche Machtkämpfe Gestern und heute

Das Ringen zwischen Konservativen und revolutionären Kräften

Berlin, 11. Mai. Der Londoner „Daily Telegraph“ hat jüngst behauptet, die französische Regierung habe der britischen Regierung einen Bericht zukommen lassen, der die Ansichten des französischen Generalstabs über die europäische Lage, insbesondere der Deutschland, niederlegte. Der französische Generalstab neige demnach zur Auffassung, daß in der Kriegsführung unter modernen Bedingungen die Kräfte der Verteidigung mächtvoller seien als die des Angreifers, und folgerte daraus, die französische Regierung habe alles Interesse daran, ihre heutigen Verteidigungsmittel zu behalten. Ferner erörterte der französische Bericht das Argument, daß die Reichsregierung wirtschaftlich und finanziell nicht stark genug sei, um heute oder in absehbarer Zeit einen Krieg zu unternehmen, und daß das Hitlerregime in Deutschland ausgelebt haben werde, bevor das Reich sich in kriegerische Unternehmungen einlassen könne.

Die Echtheit dieses Berichtes vorausgesetzt, wünscht also der französische Generalstab keine andere Sicherheitsgarantien als die Aufrechterhaltung der militärischen Überlegenheit Frankreichs gegenüber Deutschland. Er hält ferner „das Hitlerregime“ für nicht mehr von langer Dauer.

Unangünstige Prognosen für das jetzige System findet man jetzt vielfach in Deutschland verbreitet. Das noch vor einigen Monaten sehr feste Vertrauen, daß die Führer der NSDAP die Schwierigkeiten meistern würden, sinkt rasch und in allen Bevölkerungskreisen, am stärksten wohl bei den früheren Kerngruppen des Nationalsozialismus, den mittelständlichen Schichten, deren Mißtrauen sich weithin schon in Erbitterung verwandelt. Ruhiger sind eigentlich noch die Arbeiter, denn sie haben in ihrer großen Mehrheit an die Bundesratoren der Hitlererei nicht geglaubt; sie konnten auf Grund ihrer langen gewerkschaftlichen und politischen Schulung die Schwere und Kompliziertheit der wirtschaftlichen Hindernisse und sind infolgedessen nicht weiter enttäuscht. Man kann ihnen nicht einreden, daß sich das „dritte Reich“ in einem wirtschaftlichen Aufstieg befindet, aber sehr viele Arbeiter haben doch die gewaltigen Bemühungen, Arbeit zu schaffen, anerkannt und haben die Beschäftigung auch zu sehr niedrigen Löhnen als einen Vorzug gegenüber dem jahrelangen Feiern betrachtet. Die notorischen Faulenzer sind in der deutschen Arbeiterschaft selten. Millionen Arbeiter haben sich, wenn auch mit innerer Ablehnung gegen das System, gefügt: Na, wenn der Hitler es schafft, und soll es recht sein... Es handelt sich da natürlich nicht um altorganisierte Sozialdemokraten, sondern um politischen Jungland, der früher bei den Wahlen je nach der Stimmung hin- und hergewechselt wurde. Allmählich werden nun aber die Zweifel, ob dem System die wirtschaftliche Gelandung gelingen werde, auch in der Arbeiterschaft allgemein. Die Zeit des Wartens und Oplerns dauert zu lange, und die Ausflüchte auf irgendwelche Verbesserung sind zu ungewiss. Die Massen spüren auch in den Reden der Minister und des Reichsbankpräsidenten die wachsende Unsicherheit, und man unterhält sich jetzt recht offen über die Möglichkeit einer herannahenden Krise des ganzen Systems.

Bisher war es gelungen, die Persönlichkeit Hitlers selbst aus dieser Vertrauenskrise herauszulassen. Man verbreitete planmäßig die Meinung, daß Hitler zwar das Beste wolle, aber durch seine Umgebung gehindert werde, aber gerade aus dieser Ansicht erwächst allmählich die Frage: „Wenn er doch der große Führer ist, der alles weiß und alles kann, warum leidet er sich dann nicht selber durch?“

Wehr und mehr verbreitet sich auch von oben her die Er-

kenntnis, daß Adolf Hitler maßlos überschätzt worden ist. Er ist zweifellos ein selten unter Menschenfemmer, ist in enger seelischer Beziehung zum deutschen Volkstum und ein hervorragender Propagandist. Seine große Willenskraft ist aber mehr explosiv als von zäher, nachhaltiger Energie. Als Reichskanzler erweist er sich in seinen Entschlüssen noch schwankender denn als Parteiführer. Nicht zuletzt, weil er sich bei seiner geringen Kenntnis der realen Probleme aus seiner Agitationszeit nur ganz unzureichende Vorstellungen von der Größe und Vielfalt des Regierens in Deutschland mitgebracht hat. So wird er denn zwischen den Intrigen der Göring, Goebbels, Röhm und Hess hin- und hergerissen, und auch von diesen hat wohl nur Röhm eine klare Linie, weil er Soldat und nichts als Soldat ist und sich in allen Fragen nur militärische Lösungen denken kann.

Die Frage, was nach dem Abwirtschasten des jetzigen Systems an die Regierung kommen soll, wenn man den Volkswindumms vermeiden will, beschäftigt viele. Es sind zwei große Gruppen, die um die Macht miteinander ringen. Auf der einen Seite Großindustrie, Junkertum, Reichswehr, hohe Bürokratie. Auf der anderen Seite die linksstehenden Teile der Nationalsozialisten mit allerlei romantisch revolutionären Anschauungen über den Sozialismus, angetrieben von der ausichtslosen Lebenslage großer Massen auch in der SA, deren „alte Kämpfer“ man deshalb mit allen Mitteln zu versorgen strebt, was aber trotz aller Bemühungen nur unzureichend gelingt.

Wie die nationalsozialistischen Führer zu diesen beiden großen Gruppen stehen, zwischen denen es natürlich mancherlei Uebergänge gibt, ist noch keineswegs klar. Sicher ist nur, daß Göring längst den kapitalistisch-konservativen Boden gewählt hat. Die meisten anderen lazieren und Hitler selbst wagt noch nicht, für die eine oder die andere Seite zu optieren, obwohl er wahrscheinlich schon der Befangene der mächtigen kapitalistisch-konservativ-militärischen Gruppe ist. Diese Gruppe wird in ihrer Kritik des wirtschaftlichen Dilettantismus und der unzulänglichen Belegung der Verwaltungsstellen immer schärfer und ungebildeter. Ein General hat sogar neulich grob formuliert: „Wir werden von Lumpen und Verbrechern beherrscht, die in 6 Monaten nicht mehr regieren dürfen.“ Auch dieser Mann nahm allerdings Hitler selbst von dieser bösen Kennzeichnung aus. Wenn die Reichswehr das Hofenkrenz übernommen hat, wenn Hitler mit dem Reichswehrminister auf der „Deutschland“ eine Nordlandreise macht, wenn er bei Reichswehrparaden gefeiert wird, so bedeutet das nicht eine überzeugte Gleichhaltung der Wehrmacht, sondern es ist nur der politische Versuch, die Autorität Adolf Hitlers, die immer noch unverhältnismäßig größer ist als die aller anderen führenden Nationalsozialisten zusammengekommen, bei der erwarteten großen politischen Krise für die Zwecke der konservativen Gruppe einzuspannen.

Diese politische Strategie, die natürlich nicht die unfruchtbarste, rechnet noch wenig mit den einstweilen verhältnismäßig schwachen illegalen Kräften der Sozialdemokratie und der Kommunisten.

Wenn aber eine tiefe Systemkrise eintreten sollte, werden auch die zahlenmäßig geringen, aber an Energie und Zielklarheit starken illegalen Marxisten sehr rasch zu wichtigen Aktionszentren werden können.

Die hier angezeigten Entwicklungszentren und Möglichkeiten, die durch ein plötzliches Ableben des noch immer ernstlich kranken uralten Reichspräsidenten zu akuten Lösungen drängen können, werden nicht nur in Deutschland, sondern in allen unterrichteten Kreisen des Auslandes mit Spannung beobachtet.

Kriegserklärung an die Junker?

Ein Kampfrede des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Darré gegen den ostelbischen Großgrundbesitz

Das Deutsche Nachrichten-Büro verbreitet eine Rede, die der Reichsminister Darré am Dimmelfahrtstage auf dem Ostpreussischen Bauerntage gehalten hat. Sie ist eine wichtige Ergänzung zu unserem vorstehenden eigenen Bericht aus Berlin. Die Sprache des Reichsministers gegen die östlichen Pächterverhältnisse läßt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig und ist ein Gradmesser für die Unzufriedenheit der Bauern und für die Furcht der Regierenden vor einer östlichen Bauernrevolution. Von einer demagogischen Ministerrede auf einem

Bauerntag bis zur Durchführung einer Enteignungsaktion gegen die Junker ist allerdings ein weiter Weg. Reichsminister Darré sagte u. a.:

Ostelbien ist ursprünglich ein Bauernland gewesen wie die anderen Gebiete Deutschlands auch. Ursprünglich war das Verhältnis der größeren Besitzungen zu den bäuerlichen Höfen durchaus gesund. In diese Entwicklung griff zunächst von Mecklenburg ausgehend und dann auf Schwedisch-Pommern übergreifend, eine Vorherrschaft um sich nach der der Besitzer eines großen Gutes durchaus das Recht

Unter denen, die nach der Machtergreifung etwas zu kurz gekommen sind, befindet sich Gottfried Feder. Niemand kann daran zweifeln, daß er zur vordersten Garnitur alter Nationalsozialisten gehört. Er ist der Entdecker der „Brechung der Zinsknechtschaft“. Als Adolf Hitler noch Soldat war, hörte er bei den Bildungskursen der Brigade Epp zum ersten Male aus Feders Mund diese nationalökonomische Kampfpapare, die ihn fortan auf seiner Laufbahn leuchtend begleitete.

Aber Feder ist nur Staatssekretär im Wirtschaftsministerium geworden. Zwar klingt das gut und sieht auf den ersten Augenblick auch nach etwas aus. Aber die Praxis redet eine andere Sprache. Während Herr Schmidt von der Allianz, Herr Thyssen vom schweren Eisen und Baron von Schröder als besonders verdienstlicher Finanzfachberater des Führers die Wirtschafts- und Sozialpolitik des totalitären Staates beherrschen, muß sich Gottfried Feder mit der Rolle jenes goetheschen Spitzes begnügen, der bellend darf, während die anderen reiten. Seine Pläne, die er fortwährend produziert, sind nichts mehr als fröhliche Arabesken im braunen Alltag, zur Ermunterung der Galerie bestimmt.

Es werden gegenwärtig in Deutschland Reichsautostraßen gebaut, über deren Rentabilität selbst die Autointeressenten in Sorge sind. Ueberall werden Millionen von Kubikmetern Erde bewegt — zu welchem Ende, weiß keiner. Kein Sonntag ohne Schaufelparade mit Repräsentationsschuppen brauner Würdenträger. Da möchte nun Gottfried Feder endlich auch dabei sein, und da nun seine Zinsknechtschaft nicht gebrochen wird, so legt er jetzt eine viel gigantischere Sache vor. Er ist, um ihn hinreichend zu beschäftigen, mit dem Amt eines Reichskommissars für das Siedlungswesen betraut worden. Er will in dieser Eigenschaft sobald wie möglich tausend neue Städte in Deutschland gründen. Diese Städte sollen eine Maximalbevölkerung von je 10 000 Einwohnern haben...

Tausend neue Städte, je 10 000 Einwohner: das macht 10 Millionen Menschen! Woher sollen diese Menschen kommen? Feder denkt an die „umgesiedelten Arbeiter, die aus den volksbiologisch gefährdeten Großstädten herausgezogen werden sollen, und denen eine dauernde Beschäftigungsmöglichkeit gegeben werden kann.“ Was das für Beschäftigungsmöglichkeiten sind, was aus den großstädtischen Hausbesitzern werden soll, denen man so viele Verzickungen gemacht hat, das überläßt Gottfried Feder der Fantasie seiner Bewunderer. Jedenfalls gibt er sich mit Kleinigkeiten nicht ab. Die Sache wird vielleicht Milliarden kosten. Die Investierung wird sich vielleicht nicht rentieren. Aber es wird, in jedem Falle, eine ganz fabelhafte neue Arbeitsschlacht, und Feder ist ihr General.

Man sagt von Menschen, die jähre Ausbrüche gewisser Komplexe erleiden, daß sie der Hafer gestochen hat. Feder sieht ringsher, daß die anderen etwas tun — oder wenigstens so tun, als ob sie etwas täten. Da möchte er nicht müßig sein. Aber selbst der krasse Laie in Wirtschaftsdingen begriff den Wahnsinn solcher Spinnwebprojekte.

Immerhin gibt es in seiner amtlichen Kundmachung einen Satz, der sein Tausend-Städte-Projekt vielleicht psychologisch erklärt. Er will durch geringe Zinssätze mit der bisherigen Methode der Finanzierung „brechen“, und mit der Durchführung dieser neuen großen Siedlungsaufgabe „einen neuen Angriff auf die Hochfinanz unternehmen“.

Das erinnert an das gescheiterte Lebensglück einer trauernden Witwe, die sich im Auferstehungsglauben tröstet. Wir zweifeln gar nicht daran, daß Gottfried Feder von seinen Projekten überzeugt ist. Aber außer ihm vermutlich kein Mensch. Sein Vorgesetzter, der Herr Wirtschaftsminister Schmidt, läßt ihn gewähren: er weiß, daß dieses Spielzeug nicht feuergefährlich ist. Und die Hochfinanz, in deren Hürde Gottfried Feder einbrechen will, hat nicht einmal Notiz davon genommen.

Gottfried Aladin mit der Wunderlampe, der erste volkswirtschaftliche Instrukteur Adolf Hitlers und frühesten nationalsozialistischer Programmarchitekt, ist heute ein Staatssekretär und ein Narr auf eigene Hand. Argus.

habe, zur wirtschaftlichen Vernachlässigung seines Besitzes das Land der ihm zur Betreuung zugewiesenen Bauern anzugeben. In den übrigen Gebieten Osteliens vermochten die bauernfreundlichen Preußenkönige eine gleiche Entwicklung einzugemahen in Schach zu halten. Da der adlige Gutsherrn vom Stein die von Hardenberg begünstigte Wirtschaftsordnung des Liberalismus es ermöglichte, mit wirtschaftlichen Mitteln sich das Land der Bauern anzueignen.

Insgesamt beträgt die Fläche des Bauernlandes, das im 19. Jahrhundert — im wesentlichen auf Grund der Agrarergleichung — an den Großgrundbesitz übergegangen ist, schätzungsweise 1 320 000 Morgen. Die in den östlichen

Provinzen des Preussens nach Versailles an den Großbesitz übergegangene Bauernlandfläche ist mit 2 200 000 Morgen anzunehmen.

Unter Einfluß der früheren Erwerbungen ist der gesamte Zuwachs auf reichlich ein Drittel der heutigen Gutfläche zu veranschlagen. Nimmt man eine durchschnittliche Größe der Bauernbetriebe von sechzig Morgen an, so

entspricht die an die Großbetriebe übergegangene Fläche von 2 200 000 Morgen einer Zahl von 30 000 bis 60 000 bäuerlichen Betrieben.

Wenn man diese Zahlen würdigt, wird klar, warum das gewerbliche Leben der Kreis- und Landstädte dieser Gebiete unangenehm zu sein mußte.

Die Bewertung des einzelnen Geschlechtes adliger Rittergutsbesitzer wird von der nationalsozialistischen Regierung nicht mehr einseitig von dem Standpunkt zu betrachten sein, welche Blutsverluste dieses Geschlecht in der preussischen Geschichte erlitten hat, sondern auch danach, ob es sich heute in verantwortlicher Weise hat im Sinne des bauernfreundlichen Willens der preussischen Könige und vom Standpunkt der Lebensgelegenheit des gesamten deutschen Volkstörpers aus. Diese Dinge müssen deshalb heute so sehr betont werden, weil häufig der Versuch gemacht wird, die Probleme des ostelbischen Großgrundbesitzes mit den Fragen des deutschen Großgrundbesitzes als solchen schlechthin zu koppeln. Hier handelt es sich um zwei grundtätlich verschiedene Probleme, indem nämlich in einem Gebiet Deutschlands und einzelnen Teilen Ostpreußens der Großgrundbesitz durchaus das Ergebnis einer Jahrhunderte alten organischen Wirtschaftsentwicklung darstellt, die von keinem vernünftigen Menschen angegriffen wird.

während der sogenannte typische ostelbische Großgrundbesitz seinen Besitz durchaus eigenständigen Handlungen verdankt.

Solange in Preußen die ernährungspolitische Unabhängigkeit als Staatsgrundgesetz galt, solange war natürlich das Problem der Getreideversorgung akut. Diese Entwicklung führte dann dazu, daß Ostpreußen im 19. Jahrhundert ein typisches Getreideland wurde. Nun geht heute der Streit der Meinungen darum, ob der Zustand dieser wirtschaftlichen Struktur erhalten werden soll, oder ob die Wiederauffüllung Ostpreußens mit Bauern die eigentliche lebensgezügliche Aufgabe Deutschlands darstellt, um auch den gewerblichen Mittelstand wieder zu beleben.

Der ostelbische Großgrundbesitz hat seine wirtschaftliche Voraussetzung längst verloren.

Die Zeiten eines hemmungslosen Industrieliberalismus, die eigentliche wirtschaftliche Voraussetzung der ostelbischen Getreide- und Kartoffelfabriken, sind vorbei, weil die Welt deutsche Industrieerzeugnisse nur noch zu einem gewissen Hundertteil kaufen will. Je früher sich die Kreise ostelbischer Großgrundbesitzer auf diese Erkenntnis umstellen, um so früher werden sie auch aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen.

Genau so wenig wie jeder Industrieunternehmer des Westens infolge der veränderten Wirtschaftslage vom Staate verlorene Zuschüsse verlangen kann, müssen wir es auch ablehnen, zukünftig ostelbischen Großgrundbesitz, der sich nicht aus eigener Kraft zu halten vermag, durch Subventionen zu unterstützen.

Dort, wo der einzelne Großgrundbesitzer aus eigener Kraft auf einem gesunden Betrieb wirtschaftet, soll dieser Besitz auch erhalten bleiben. Auf der anderen Seite muß aber der wirtschaftlich nicht mehr zu erhaltende Großbesitz einer Wirtschaftsstruktur weichen, die lebensfähig ist. Das bedeutet die weitgehende Wiederauffüllung Ostpreußens mit deutschen Bauern. Wenn die Regierung im Reichserbhofgesetz erklärt, daß alter ostelbischer Familienbesitz Erbhof werden kann, dann stellt sie unter Beweis, daß sie die politischen und militärischen Blutopfer der rein bürgerlichen Geschlechter zu würdigen weiß. Ohne die nationalsozialistische These von Blut und Boden wäre das Schicksal über die Frage, ob alteingesessene Geschlechter auf ihrer Scholle verbleiben können, längst zur Tagesordnung übergegangen. Der ostelbische Großgrundbesitz von heute kann sich als Geschlecht auf der Scholle halten, wenn er den Geist der Zeit erkennt.

Eine organische Strukturwandlung — so erklärte der Minister weiter — werde in Richtung natürlicher, bäuerlicher und mittelständischer Betriebe wirken. Beim überschaubaren Großgrundbesitz werde die Schuldenhöhe im wesentlichen den Umfang des Erbhofes bestimmen. Die Millionen Morgen Bauernland würden auf diesem Wege einer natürlichen Rückentwicklung langsam aber sicher wieder in die Hände von Bauern gelangen. Durch die vom Nationalsozialismus betriebene Strukturänderung Ostpreußens werde es möglich sein, einen großen Teil von Landarbeitern wieder zu Bauern zu machen. Versienige Teil der Landarbeiter, der Landarbeiter bleiben wolle, werde auf der Grundlage des nordwestdeutschen Bauerngesetzes auf dem Gutland des Gutsherrn auf einem Stück Land und einem eigenen Häuschen wieder sesshaft werden.

Schleiert die Transferkonferenz?

Pessimistische Stimmen

Paris, 11. Mai. Der Berliner Korrespondent des „Matin“ berichtet, in gewöhnlich gut unterrichteten deutschen Kreisen nehme man an, daß die Transferkonferenz demnächst zu Ende gehe und man eine ziemlich unbestimmte gehaltene Erklärung veröffentlichen werde, die de facto der Verlagerung der Hauptprobleme gleichkommen würde. Außerdem sei Deutschland entschlossen, am 30. Juni das Transfermoratorium zu erklären. Man glaube jetzt nicht, daß die Young- und Dawes-Konzepte von diesem Moratorium ausgenommen würden.

Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet:

Die Transferkonferenz befindet sich in einem kritischen Stadium, jedoch sind die Gläubiger und die Deutschen angeklungen bemüht, die Krise zu überwinden. Ob dies gelingen wird, ist im Augenblick noch ungewiß. Immerhin dürfte das Ende der Konferenz bevorstehen.

An der Saar

Tagesbericht

Das Geheimnis des Flaggentrausches in Saarbrücken wird jetzt durch ein bemerkenswertes Dokument enthüllt. Es ist ein Rundschreiben an die „Zellenleiter“ der nach wie vor bestehenden NSDAP im Saargebiet, das genaue Anweisungen über die Spitzelarbeit enthält. Jeder soll die in seiner Zelle wohnenden Antifaschisten feststellen, zu bestimmten Zeiten abends Patrouillengänge ausführen und Bericht erstatten, wer noch marxistische oder antifaschistische Zeitungen liest. Am Schlusse der Anweisung liest man diesen bemerkenswerten Satz: „Das Beslaggen der Häuser ist zu überwachen.“ Was das in Saarbrücken bedeutet, braucht nicht erörtert zu werden.

Zum Beweise dafür, daß die Saarlundgebung in Zweibrücken von Hunderttausenden besucht worden sei, veröffentlicht die „Saarbrücker Zeitung“ und die „Saarbrücker Landeszeitung“ Fotografien. Jeder wird feststellen, daß die Bilder montiert worden sind und dadurch den Betrachtern ein völlig falsches Bild von der Menge der Menschen gaben.

Hendersons Mißerfolg

„Barthou nicht sonderlich beeindruckt“

London, 11. Mai. Die Renter aus Paris melden, bleibt die französische Regierung hartnäckig dabei, daß sie einer deutschen Aufrüstung nicht Rechtstrakt verleihen werde, da diese im Widerspruch zum Versailler Vertrag stehen würde. Dies sei, wie verlautet, der Inhalt der Mitteilungen, die Barthou Donnerstagnachmittag dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, gemacht habe. Barthou habe erklärt, die französische Regierung lehne den britischen Plan ebenso wie den italienischen Plan in seiner jetzigen Form endgültig ab. Sodann habe er mit Henderson die Möglichkeit erörtert, der Abrüstungskonferenz aus ihrer schwierigen Lage herauszuhelfen. Henderson habe die verschiedenen Pläne, die die britische Regierung erwägt, erläutert, darunter ein Abkommen über Vorkontrollen. Nach zuverlässigen Berichten habe sich Barthou von diesen Auswegen nicht sonderlich beeindruckt gezeigt. Barthou soll am Mittwoch von dem italienischen Botschafter eine Mitteilung erhalten haben, der zufolge Mussolini mit der französischen Regierung der Meinung sei, daß nur ein neues Angebot der britischen Regierung die Abrüstungskonferenz retten könne, und zwar ein Angebot, das eine Garantie der französischen Sicherheit enthält, die über die Grenze von Locarno hinausgeht.

„Verwirrung und Bestürzung“

Hendersons Pariser Reise

Paris, 11. Mai. Der Besuch des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, in Paris findet in der Morgenpresse zurückhaltende Aufnahme. Kein Blatt kann von einem positiven Ergebnis der Unterredungen sprechen, die Henderson am Donnerstag in Paris hatte. Henderson selbst

findet eine ähnlich gleichgültige Aufnahme, wie sie die französische Politik seit dem 17. April, dem Tage der Ablehnung der ablehnenden französischen Note, der Abrüstungsfrage selbst bereitet hat.

Wenn man dem „Deuxieme“ Glauben schenken darf, dann soll sich Henderson bei seiner Rückkehr nach London mit dem französischen Außenminister dahin geäußert haben, daß die englische Arbeiterpartei geneigt wäre, um die Abrüstungskonferenz zu retten, auf die Regierung Macdonald einen Druck auszuüben, damit England das Protokoll von 1924 wieder in den Bereich der Möglichkeiten ziehe, um so dem französischen Wünsche nach Sicherheitsgarantien entgegenzukommen. Diese ganze Gedankenrichtung bezeichnet das „Deuxieme“ allerdings selbst als utopisch. Hinsichtlich der mutmaßlichen Haltung des französischen Außenministers bei einer Abrüstungsdebatte in Genf erklärt das Blatt, daß Barthou wohl nicht sehr in lärmender Weise die deutschen Verträge am Friedensvertrag aufzeigen werde, daß die in Genf zu haltenden Nebenverträge aber zum Ausgangspunkt ihrer Entwicklung nehmen würden.

Das „Echo de Paris“, das aus doppelten Gründen ein Gegner Hendersons ist — einmal in seiner Eigenschaft als Arbeiterpartei-Mitglied und anderen als Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz — widmet dem Leiter der Abrüstungskonferenz einen besonders kritischen Artikel. Hendersons Verhalten, so schreibt es, lasse auf vollkommenste Verwirrung und Bestürzung schließen.

v. Ribbentrop

London, 10. Mai. Der deutsche Beauftragte für Abrüstungsfragen, v. Ribbentrop, hat am Donnerstagnachmittag mit den englischen Ministern Simon und Eden eine Besprechung gehabt, die etwa eine Stunde dauerte.

Der Frauenmord in der Silberfuchsfarm

Die Untat an der neunzehnjährigen, jung verheirateten Frau des Silberfuchszüchters Henriot in der Bretagne stellt sich als eins der seltensten Verbrechen in einsamer Gegend vor, das die neuere Verbrechen-Chronik kennt. Nicht nur, weil sie mit dem Karabiner Gewehr die Seele des bekannten Abgeordneten Philippe Henriot ist, der wegen seiner Enthaltungen über die Beziehungen Staviskis und der Affäre zum Gyneco-Scandal Russen erregte, sondern auch wegen der Begleitumstände.

Der Ehemann der Toten, Michel Henriot, ein dreißigjähriger Sohn eines Staatsanwalts, der die in Frankreich sonst unbekannteste Frucht der Silberfuchszucht in Deutschland, in Schlesien, erlernte und erst kürzlich, von Reugier und Kerger der benachbarten Bauern und Fuchszüchter bearbeitet, eine Fuchsfarm an der wilden Meeresküste errichtete, erklärte über seine Familienverhältnisse:

Wir hatten erst am 10. Dezember vorigen Jahres geheiratet. Meine Frau, Georgette Desclaux kam aus Royon an der Oise, wo die Eltern, ein zwölffähriger Bruder und eine 14jährige Schwester wohnen.

Ich bin noch ganz außer mir. Nachmittags war ich nach Orient gegangen, dann an die Küste. Um 5 Uhr nachmittags kam ich heim. Im Vorraum bemerkte ich einen Karabiner 25, mit dem wir öfter auf Seevögel schossen. Die Waffe, die meine Frau in Gewahrsam hatte, lag quer über der Treppe. Ich erschrak und rief meine Frau. Keine Antwort. Ich ging in die Küche und sah, daß dort Butterbrot gegessen war, und auf dem Tisch lag eine kaum entfaltete Orange. Ich rief von neuem, wieder ohne Antwort. Da ging ich ins Arbeitszimmer, in dem das Telefon steht.

Meine unglückliche Frau lag auf dem Fußboden, inmitten einer großen Blutlache, ein Bein in die Schnur des umgestülpten Apparats verfrachtet, der Hörer lag zur Seite. Sie zeigte vier Schußöffnungen, zwei Kugeln im Kopf, zwei in der Brust.

Ich warf mich auf sie, aber sie antwortete nicht. Ihr Gesicht war von einemurchbaren Starrkrampf entsetzt. Sie atmete noch schwach, als ich sie nebenan in das Bett legte.

Sofort wollte ich telefonieren, aber vergebens, der Apparat arbeitete nicht. Entsetzt eilte ich zu meiner Frau zurück, die den letzten Seufzer anhörte.

Dann rannte ich fort, ins Dorf. Unterwegs, zweihundert Meter von unserem Hause, traf ich den Nachbarn Bouger, der Karotten jätete. Als er hörte, was geschehen war, begleitete er mich nach Hause, nahm ein Rad und fuhr nach Guidel. Es dauerte knappe zwei Stunden, dann kamen die Gendarmen und der Arzt.

Ich glaube an das Verbrechen eines Landstreichers. Wir wohnen sehr einsam, manchmal kommt einer und bestiehlt. Meine Frau mochte die Bettler nicht leiden und jagte sie fort. Vielleicht war es einer dieser Leute, der während meiner Abwesenheit kam, um zu stehlen. Meine Frau ist zweifellos angefallen worden, als sie das Telefon nahm und um Hilfe schrie. Der Angreifer ist ihr erfolgt, hat den Karabiner gesehen und auf sie geschossen. Die Schüsse im Schädel waren

tötlich. Vier Hülsen hat man gefunden. Weiter weiß ich nichts zu sagen.

Ueber die einsame Gegend von Voch Guidel im Morbihan, in der das Paar wohnte, wird noch gemeldet: Man muß von Orient ungefähr 17 Kilometer auf schlechten Straßen fahren, in Krümmungen, um nach Voch zu kommen, das Schauplatz des geheimnisvollen Dramas. Die Gegend ist von dickerer und wilder Schönheit. Ein weites Feld von Sand und Wildnis, gefährlich und unwegsam. Wenn man vorwärtsdringt, steht man das Meer, das an die Ufer rollt mir einformigem Gedrause. Links liegt die Insel Groix im Atlantischen Ozean, deren Feuer in der Dämmerung aufstimmeln, rechts hängt das unbewohnte Fort Voch auf der Klippe, und ein kleines Biered mit nackten Mauern. Aus der Nähe dringen von Zeit zu Zeit auf einem Zwinger scharfe Schreie vor, schauerlich in der Einsamkeit. Das sind die Silberfuchse des Herrn Michel Henriot, die so schreien. Dort ist das Häuschen, und einige Dächer ragen da fünf- oder sechshundert Meter von den Dünen auf...

Dies ist das Land der Bretonen, in dem die Mordgeschichte. Die bretonische Magd des Hauses, ein junges Mädchen von fünfzehn Jahren, angetan mit der Haube ihres Volkstamms, war fort, um einzulaufen, als das Unglück geschah. Man vermutet in dem Täter einen Landstreicher, hat aber auch noch Vermutungen anderer Art.

Der Ehemann stark belastet

Paris, 11. Mai. Der Mord in der Silberfuchsfarm bei Orient scheint noch mehr Geheimnisse zu bergen, als man anfänglich annahm. So wird jetzt bekannt, daß Herr Henriot vor einem Monat eine Lebensversicherung in Höhe von 800 000 Franken für seine Frau abschloß, die ausdrücklich eine Bestimmung enthielt, monach gewalttätiger Tod als Versicherungsfall gelten sollte. Frau Henriot hat ihren fünfjährigen Mann, den sie im September v. J. heiratete, durch ein Zeitungsinserat kennen gelernt. Sie soll ihm 185 000 Franken Mitgift mitgebracht haben, die in der Bretagne der Silberfuchszuchtfarm hingegeben worden seien. Frau Henriot litt an zwei Gebrechen. Infolge eines Falles als Kind war sie linksseitig gelähmt und hatte eine Knochenerkrankung durchmachen müssen, als deren Ueberbleibsel ein Sprachfehler zurückblieb. Andererseits war auch Herr Henriot wegen Nervenüberreizung vom Militärdienst dispensiert worden. Der Karabiner, mit dem die fünf tödlichen Schüsse abgegeben worden sind, gehörte Herrn Henriot. Es handelt sich um ein ziemlich selten vorkommendes Modell, dessen Handhabung nicht jedem möglich ist. Die Untersuchungsbehörden zweifeln daher daran, daß sich ein Landstreicher zur Durchführung seiner Tat einer im Hause befindlichen ihm nicht bekannten Jagdwaffe bedient haben sollte. Das Dienstmädchen des Ehepaars Henriot sagt im übrigen aus, daß die Eheleute Henriot in bestem Einvernehmen gelebt hätten. Sie habe nur einmal unvermittelt Frau Henriot getroffen, als sie ganz ohne Grund einen Revolverauschuss aus dem Fenster abgab...

Betrogene Beamte

Einsichtnahme in die Personalkten verboten

Mit fliegenden Fahnen ist seiner Zeit der größte Teil der deutschen Beamten in das Lager Hitlers abgeschwenkt. Das verhasste „Parteibuch“ feierte seine fröhliche Auserkennung. Von der pazifistischen Umwälzung erlösten sie — ähnlich wie nach der Staatsumwälzung 1918 — ideale und persönliche Revolutionsgewinne. Der Lauf des Braunen Hauses erfolgt jetzt, jedoch in anderer Weise, als sich diese „Revolutionäre“ gedacht hatten.

Eine der wichtigsten Forderungen der früheren Beamtenorganisationen war die „Einsichtnahme in die Personalkten“. Mit dieser Weimarer Errungenschaft hat das „dritte Reich“ endgültig Schluss gemacht. Im Amtsblatt des Reichspostministeriums befindet sich folgende Bekanntmachung:

Nach Artikel 120 Abs. 3 Satz 3 der Weimarer Verfassung ist dem Beamten Einsicht in seine Personalkten zu gewähren. Es widerpricht jedoch dem in nationalsozialistischen Staat durchgeführten Führerprinzip, wenn dem Beamten durch die Einsicht in seine Personalkten Belegenheit gegeben wird, die Urteile seiner Vorgesetzten über ihn zu kontrollieren und zu beanstanden. Die Bestimmung ist daher als durch die Verhältnisse überholt anzusehen und ohne ausdrückliche gesetzliche Anordnung außer Kraft getreten.

Der primitive Satz: Nur die allergrößten Räuber wählen ihren „Bayer“ (16) ist immer noch...

650 Tote

Mit genauer Namensangabe

Die Liga für Menschenrechte veröffentlicht eine Liste von Todesopfern des „dritten Reiches“, die eine Gesamtzahl von mehr als 600 erreichen. Dazu kommen noch 45 Opfer aus den ersten Tagen der Machtergreifung Hitlers. Die Gesamtzahl der Todesopfer des „dritten Reiches“ erhöht sich damit bis zum 1. April 1934 auf mindestens 650 Menschen, wobei nicht vergessen werden darf, daß eine große Zahl von Fällen bis heute noch nicht erfasst worden sein dürfte.

Zu der vorstehenden Zahl von 650 Toten während der ersten 15 Monate Hitlerscher Herrschaft vergleiche man die Zahlen aus den Jahren, wo die Nationalsozialisten noch schwach waren. Man wird feststellen müssen, daß mit dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung die politischen Todesopfer sich immer mehr steigerten.

Wir verzeichnen:

für die Jahre 1924-1929	66 Tote
1930 und 1931	62 Tote
1932	182 Tote
In 9 Jahren insg.	200 Tote
Todesopfer, währ.	„
politische Tode	„

Wohnung in der Leichenhalle

Nationalsozialistische Zeitungen über das Elend im „dritten Reich“

Dem „Allgäuer Tageblatt“ (Nr. 90) entnehmen wir folgende Schilderung des Elends im Donaumoos:

Die Gemeinden sind arm. Auch die kleinste geldliche Unterstützung zu geben, ist unmöglich. Es fehlt am Notwendigsten. Herzzerrend der Anblick der verlorbenen und vergrämten Mütter, die ihren Kindern nicht die geringste Pflege angedeihen lassen können. Die Schuldbewußt heit man vor diesen Kindern, die mit ihren unschuldigen Augen uns anschauen, noch nicht ganz wissend, wie grausam das Schicksal es mit ihnen meint.

Kein Strumpf, kein Kleid, kein Spielzeug, nichts, gar nichts als das nackte Leben!

Vollknechten, Mütter, schaut in die Augen eurer Kinder, denkt an jene Armen im Donaumoos, stiller-Jüngens, Mädel, denkt an eure Kameraden, an eure Schwestern, helft ihnen, vergeßt nicht jener namenloses Leid!

Ein alter Eisenbahnwagen steht am Begräbnis. Bewohnt von einem alten einarmigen Schrotbirnen und seiner Frau. Sein eigen nennt er außerdem noch 20 Deistmal Moorboden, der ihm einige Kartoffel zur Nahrung gibt.

Regen und Wind bringen in diesen einzigen Raum, Zug und Kälte lassen die Glieder erstarren. irgendeine Unterstützung erhält der arme Schäfer nicht, er ist der Armenpflege überlassen.

Ein Beispiel unter vielen. Ungläubig blickt er uns an, als wir ihm sagen, es wird geholfen werden. Zu schwer waren die Enttäuschungen, die ihm das Leben brachte.

Am schrecklichsten aber jene Leichenhalle, in der eine Familie untergebracht ist. Erschütternd, grauig der Anblick einer kleinen Biene mit einem Menschenkind am Anfang seiner Erdentafelbahn in diesem Raum, der dem Menschen nur für die allerletzte Stunde auf der Erde beschieden sein sollte.

Vollknechten, nehmt in Gedanken euren Aufenthalt im Leichenhaus, steht in Gedanken fort vom Hofe und hinein in jenes Haus, in dem nur der Tod ein Recht hat. Deutsche Männer, deutsche Frauen, könnt ihr euch auch nur vorstellen, wie es im Inneren dieser armen Menschen aussehen muß, denen man nur noch die Leichenhalle als Wohnraum anweisen konnte? Euch kommt das Grauen nur bei einem solchen Gedanken, jene Armen aber haben es erlebt und erleben es täglich.

Solche Elendsstätten, wie man sie dort zu Hause antrifft, sind Pestbeulen am Volkskörper, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müssen.

Menschen, die gleichen Fleisches und gleichen Blutes mit uns sind, verkommen dort am lebendigen Leibe.

Hier ist ein weiteres Betätigungsfeld für den Nationalsozialismus. Das Herz krampflich zusammen, wenn man aus der Hölle eines sonnendurchfluteten Frühlingstages in einen dieser moderigen Räume tritt, in denen der Fußboden durchgelaufen und die nackte Erde mit Bretterlegen überdeckt ist, in denen Beheizungseinrichtungen stehen, die früher einmal Herde gewesen sein mögen, jetzt aber durch und durch gerostet sind, die keine Ofenröhren mehr haben und defekte Dienströhre aufweisen, so daß der beizende Rauch des Torfes, der dort fast ausschließlich als Heizmaterial in Frage kommt, den Aufenthalt im Räume zur Qual macht.

Alle Tage müssen die Menschen, die dort in stumpfer Verzweiflung dahingleben, fürchten, daß ihnen das Dach über dem Kopfe zusammenstürzt.

Keine Fensterscheibe ist mehr ganz, teils muß ein alter Karton die fehlende Fensterscheibe ersetzen, teils findet man überhaupt glaslose Fenster. Zwischen Mauerwerk und Fenstersockel sind Löcher, daß man mit zwei Armen hindurchfahren kann. Soweit noch Fensterscheiben vorhanden sind, sind sie verfault, verrotzt und völlig aus dem Rahmen. Decken und Wände sind schwarz wie der Moorboden, sofern überhaupt noch eine Decke vorhanden ist. In verschiedenen Häusern, die wir auf unserer gestrigen Besichtigungsfahrt besuchten, fehlt die Decke überhaupt. Sie ist abgefallen und durch die dünnen Bretter, die den Wohnraum vom Dachboden trennen, läuft bei jedem Regen das Wasser hindurch. Denn auf den Dächern fehlen zu Tausenden die Dachlatten, Firchziegel sind eine Seltenheit, so daß man ohne Anstrengung den Kopf über den Dachstuhl ins Freie stecken kann. Die Wände haben solche Risse, daß das Mauerwerk, wenn sich etwa ein Erwachsener daran lehnen würde, sicherlich zusammenstürzen würde.

Die Kleidung, die die Leute im Donaumoos ihr eigen nennen, besteht aus ein paar gestickten Hosen, keine ganze Hose haben die Männer, zerlumpt und über und über gestickte Röcke die Frauen.

Ein paar Schüsseln, Töpfe, blechene Teller und rostig aussehende Gabeln bilden das Wohnungsinventar. Mächtige Betten, selbst mit Strohhäcken, sind fast ein Luxus, meist wird der Strohhack einfach auf den Boden gelegt. Die Männer sind mit 40 Jahren grau, die Wadenknochen stehen ihnen vor, eingefallen und blutlos scheinen die Wangen, die Beine sind ihnen viel zu weit und die Hosen schlößern um die Knie. Die Frauen sind oft in jungen Jahren schon beinahe jahnelos, denn das Geld für eine richtige Zahnbehandlung haben sie nie gehabt. Die wirren Haare, die glaslosen Augen, die matten, ausgezehnten Hände vervollständigen das Bild des Elends.

In dieser Umgebung wachsen Kinder auf, Kinder, denen bei ihrem Eintritt in die Welt die fürchterliche Not Vate gestanden hat,

die mit Schwarzbrot und Kartoffeln aufgezogen werden und denen ein Glas Milch ein köstliches Geschenk erscheint. Und dabei kann man in solchen Familien wirklich von einem Kinderreichum sprechen.

Keine dieser ärmsten Familien trafen wir an, die weniger als fünf Kinder hat, sieben — acht Kinder sind normal und zehn und mehr Kinder sind nicht selten.

Perlunat und gelottert stehen sie umher und aucken den Besucher nur schon und fragend an. Mitten am warmen Tage hüten und fröhnen sie und wenn man die Eltern nach dem Wie und Warum fragt, so erfährt man hier und dort, daß der Mann tuberkulös ist. Kein Wunder bei der undogreißbaren Unterernährung, der die Leute schonungslos jahrelang ausgesetzt waren.

Herrgott, wie ist das alles nur möglich, wie konnte es nur soweit kommen? So fragt man sich. Die Antwort: eine Arbeitslosigkeit sondergleichen.

Weiß sind die Familienväter dieser Elendsfamilien Korbmacher, die früher in der Korbfabrik beschäftigt waren, und die seinerzeit, als die Korbfabrik stillgelegt wurde, vor dem wirtschaftlichen Nichts fanden.

Die Bauern, selbst in ärmlichen Verhältnissen lebend, konnten sie nicht aufnehmen und ihnen Arbeit geben, die Städte sind weit und irgendeine andere Industrie ist nicht mehr vorhanden. Man behalt sich, so aut es ging mit dem Anstehen von Körben und verlornte sie auf eigene Rechnung in der Umgegend abzugeben. Bald gab es aber Absatzschwierigkeiten und zudem waren die Preise zu gering, daß ein Mann für sich seine Familie nicht einmal zwei Mark im Tage verdiente. Später konnte man die Körbe gar nicht

mehr an den Mann bringen, so daß die Leute tage- und wochenlang überhaupt nichts verdienten. Die Gemeinden selbst sind arm und was an Unterstützungen gegeben werden konnte, war ein Tropfen auf einen heißen Stein. So mußten viele Familien des Sommers in die Fremde ziehen, um sich dort mit Korbmaden notdürftig durchzuschlagen. Mit den erübrigten 100 bis 200 Mark mußten sie dann während des ganzen Winters, wenn sie wieder in die Heimat zurückkehren, leben. Und so ging es fort und fort.

Die Gemeinde hat drei arrangierte Eisenbahnwaggons gekauft und auf dem Platz um das Armenhaus onstellen lassen. Die Korbmadenfamilie, die im Leichenhaus mit sieben Kindern wohnte, ist schon eingezogen. Die Frau verlohert uns, daß es im Eisenbahnwaggon wesentlich feiner zu wohnen sei. Wir glauben ihr aufs Wort.

Nat bis in den letzten Winkel grün und mit hohlen Augen im Vorderhaus entgegen, wo eine Familie mit sechs Kindern — drei weitere Kinder hat sie weggeben müssen, weil es einfach nicht möglich war, sie irgendwie zu ernähren, die Frau ist erneut schwanger — wohnt. In einem schwarzen Raum, der die Küche darstellen soll, wenigstens deutet ein Herd-Installdie darauf hin, schläft der Mann, der nicht mehr arbeiten kann, weil ihm bei einem Unfall vor vier Jahren der rechte Arm gelähmt blieb. Drüben über dem Gang in einem Raum, der gerade so groß ist, daß man die Türe noch öffnen kann, die Mutter mit zwei Kindern. Ueber eine Leiter geht es dann auf den Dachboden, der nur mit über- und nebeneinander liegenden Bretterlumpen belegt ist, zu den zwei Betten der übrigen vier Kinder. Würde man sich gegen die Sparren stemmen, der ganze Dachstuhl fiel zusammen.

Im Winter schneite es herein, da das Dach überall Löcher hat. Mehrmals waren die Kinder in ihren Betten eingeschneit.

Bei der strengsten Kälte mußte man sie in die Küche auf den Fußboden legen. Unser Fotoapparat wollte diese Stätte des Elends im Bilde festhalten — plötzlich ein Knack: er ist durch die Decke durchgebrochen, etwa ein Quadratmeter Decke ist

ins Erdgeschloß herabgefallen, er selbst hält sich gerade noch an einem Querbalken fest. Glücklicherweise sind die Verletzungen nur leichter Natur. Als wir diese Stätte des Grauens verlassen, betritt sie ein alter Mann, der kaum noch zu gehen vermag. Entsetzt blicken wir auf dieses eingekerkerte Gesicht mit den herabgezogenen Augenlidern, dem ein gewisser tierischer Zug anhaftet. Wir erfahren von Umwohnenden, daß sich dieser Mann seit zehn Jahren nur von Pferdefleisch ernährt und von dem Brot, das er noch geschenkt bekommen mag.

Auf dem Weiterwege hören wir von unserem Begleiter, daß in Karlsruhe durch das Winterhilfswerk 140 Familien (davon die Hälfte Korbmadenfamilien) mit etwa 650 Kopfen unterstützt werden mußten.

In einem dieser Unterkünfte empfängt uns ein etwa 45jähriger Mann, mit lazen, langsamen Bewegungen. Wir fragen ihn nach dem Alter, man höre und staune, er sagt uns, daß er 33 Jahre alt ist. Er ist Hilfsarbeiter, hat aber seit Jahren keine Arbeit mehr bekommen. Kürzlich wurde er beim Bahnbau in Donaumoos eingestellt. Die kraftlosen Arme konnten kaum die Hacke halten und als sich der Tag neigte, fiel der Mann vor Schwäche und Unterernährung bewußtlos um.

Jetzt ist es mit der Arbeit wieder nichts, weil er nicht mehr fähig ist, eine solche zu verrichten. In dem einzigen Wohn- und Küchenraum sind zwei alte Bettstellen. Für die fünf Kinder muß auf dem Zimmerboden jeden Tag eine Schütte den ausgebreitet werden.

Im Nebenhaus, das einen schrecklichen Eindruck macht, haust ein altes Ehepaar, das im Monat nur einige wenige Mark Unterstützung bekommt. Wie uns unser Begleiter erklärt, ist der Mann überzeugter Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung geworden. Der alte Mann, der zwei Leidschäden hat und gar nichts mehr tun kann — er ist auch 64 Jahre alt, wie 90 sieht er aus — murrst auch nicht viel, er hofft, daß es „der Hitler“ besser machen werde. — Auch bei einer anderen Familie, die nichts zum Kochen und zum Beizen hat, es sei denn ein Stücklein trockenes Brot,

müssen sämtliche Kinder im gleichen Räume schlafen wie die Eltern und dabei hat der Vater die Lungentuberkulose im dritten Stadium!

Darum helfe alle mit, daß der Gau Schwaben dem Führer das schönste Geburtstagsgeschenk geben kann, die Verwirklichung des echten Sozialismus.

Sozialdemokratisches Heldentum

Ein Mann und braune Schutte

H. B. Der ehemalige braunschweigische Landtagsabgeordnete der Sozialdemokratie, Otto Thielemann, ein allezeit mutiger und temperamentvoller Kämpfer gegen die braune Barbarei, wird von seinen nationalsozialistischen Gegnern nun seit mehr als einem Jahr ununterbrochen malträtiert und gebeht.

Gleich nach der Besetzung des braunschweiger Parteihauses im März vorigen Jahres wurde Thielemann von bewaffneten SA-Leuten festgenommen und in dem als SA-Kaserne eingerichteten Parteihause fürchterlich zugerichtet. Da Thielemanns Zustand es seinen Peinigern nicht gestattete, ihr Opfer in die Öffentlichkeit zurückzuführen zu lassen, wurde er nach den Mißhandlungen, wie so viele andere, in das Kreisgefängnis gesteckt.

Nachdem seine Wunden geheilt waren, glückte es einem braunschweiger Rechtsanwalt, ihn aus seiner „Schuhhaft“ zu befreien. Thielemann hielt sich danach vorerst in Hannover, später in Hamburg auf, ständig von den braunen Spürhunden verfolgt. Endlich hatten diese seinen neuen Aufenthaltsort ausfindig gemacht. Einmal Tages fuhr in Hamburg ein Kraftwagen mit braunschweiger Nazis vor, die Thielemann in ihren Wagen schleppten und mit ihm verschwand.

Die Fahrt ging durch die Lüneburger Heide. Mitten in der unendlichen Heide zwangen die SA-Leute den Genossen Thielemann, während einer Fahrpause abzusteigen und ein Stück allein voranzugehen. Dann wurde ein Fluchtversuch „angenommen“ und Thielemann von den Hilfspolizisten beschossen. Er trug eine ernste Beinverletzung davon, an der er heute noch leidet. Seine Ermordung wurde damals nur durch das Dazwischenkommen andrer Autofahrer verhindert, die das Postauto, auf welches Thielemann nach diesem Vorgang geschleift wurde, bis Braunschweig nicht mehr aus den Augen ließen.

Nach der Ankunft in Braunschweig wurde Th. erneut ins Gefängnis, in „Schuhhaft“ gesperrt, da man trotz monatelangen Suchens nichts fand mit Hilfe dessen man ihm hätte einen Strafprozeß machen können.

Vor ungefähr einem halben Jahr schrieb ein hoher Naziwärtenträger in einer offiziellen Parteimitteilung sinngemäß, es sei sehr ironisch, ob Thielemann das Gefängnis überhaupt einmal wieder verlassen würde. Der Verhaftete hat trotz seiner Verletzung und aller Qualen auch im Gefängnis den Mut nicht sinken lassen. Als man ihm Leserecht gab, bekam er aus der Gefängnisbibliothek ein Werk, das sich mit der Novemberrevolution beschäftigte. In diesem Buche war ein Satz enthalten, der lautete:

„Noch nie ist das deutsche Volk so belogen worden, wie im Jahre 1918.“

„Sehr wahr! Wie im Jahre 1933!“

Daraufhin schrieb Thielemann an den Rand der betreffenden Seite:

Das sollte ihm zum Verhängnis werden. Er hatte sich wegen dieser Randnotiz am 21. April vor dem braunschweigischen Sondergericht zu verantworten. Das Delikt lautete auf Schädigung des Ansehens der Reichsregierung.

Der Vorsitzende des Sondergerichts, der latinsam bekannte Blut-Vachmund, begrüßte den Angeklagte mit den Worten: „Angeklagter, wissen Sie, daß Sie im Volksmund als „Lügen-Thielemann“ bekannt sind?“

Als Thielemann das verneinte, beharrte der Herr Landgerichtspräsident:

„Aber Sie sind doch mit diesem Beinamen in rechtshebenden Zeitungen so genannt worden!“

Thielemann hielt zu der Auflage eine mutige Verteidigungsrede, in der er gründlich auf seine politische Einstellung einging und sich zur Sozialdemokratie bekannte. Er sei Sozialdemokrat, weil er es sich zur Lebensaufgabe gestellt habe, dem Frieden zu dienen.

Zu der Beschuldigung selbst betonte er, daß er zu der in der Randnotiz wiedergegebenen Meinung nach wie vor stehe. Er habe damit die Verlogenheit der bürgerlichen Presse kennzeichnen wollen, die besonders im Jahre 1933 immer wieder behauptet habe, die Sozialdemokratie sei für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich.

Der Staatsanwalt Ahrens betonte dagegen, daß Thielemann mit seiner Bemerkung „ganz offenbar“ die Reichsregierung gemeint habe, deren Ansehen durch dieses Vorgehen auf das schwerste geschädigt worden sei. Bei der Strafzumessung müsse die Persönlichkeit des Angeklagten berücksichtigt werden. Thielemann sei durch seine Degartikel, die er jahrelang als Redakteur des „Volksfreund“ anwandte, hinreichend gekennzeichnet. Der nationalsozialistische Staat müsse es sich verbitten, von Leuten wie Thielemann in dieser unerhörten Art angegriffen zu werden. Wenn das der Angeklagte noch nicht in der Schuhhaft begriffen habe, so müsse er es in der Strafhaft lernen.

Der Strafantrag lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Das Sondergericht folgte diesem Antrag und verurteilte Thielemann entsprechend. In der Urteilsbegründung führte Blut-Vachmund aus, daß der Angeklagte ein lebendes Beispiel dafür sei, wie das Volk zur Zeit der marxistischen Herrschaft verhetzt und belogen wurde. Irrendweise Miße habe der Angeklagte bei der Schwere des Falles nicht verdient, daher sei die Strafe von drei Jahren Gefängnis als angemessen anzusehen.

Der Fall Thielemann ist typisch für die Rechtspflege im „dritten Reich“. Zugleich aber zeigt er uns, daß unsere alten Kämpfer trotz der fürchterlichen Quälereien und Verloaltungen, die sie über sich ergehen lassen müssen, treu zur Fahne des Sozialismus stehen!

Der beförderte Kölling

Unfähigkeit sprichwörtlich . . .

Magdeburg, 10. Mai 1934.

Landgerichtsdirektor Kölling ist vom Justizministerium zum stellvertretenden Präsidenten der Reichsdisciplinarkammer in Magdeburg ernannt worden.

Kölling hat es in der deutschen Juristenwelt zu einer traurigen Berühmtheit gebracht. Er war der unglückselige Untersuchungsrichter in der großen Mordtatsache Rudolf Haas-Helling. Infolge Dummheit, Borniertheit und Voreingenommenheit hätte er ohne das energische Dazwischenreten des damaligen Oberpräsidenten Göring und der Vertreibung des Rudolf Haas den tatsächlichen Raubmörder Schröder laufen lassen und einen unschuldigen Juden, den Millionär Rudolf Haas, vor das Schwurgericht gebracht. Die unglückseligen Torheit dieses Mannes und das Treiben der antisemitischen Kräfte beim Magdeburger Gericht sind in dem Buche des Vertheidigers von Rudolf Haas, des Rechtsanwaltes Dr. Braun „Am Justizmord vorbei“, ausführlich geschildert. Bekannt ist, daß der Haupttreiber bei den antisemitischen Vorstößen, Landgerichtsdirektor Hoffmann, zusammen mit

dem Untersuchungsrichter Kölling von der Disciplinarkammer und dem Disciplinarhof mit Strafverurteilung bestraft worden ist. Mittlerweile ist Hoffmann, der sich als Antisemite den Nationalsozialisten besonders empfahl, erster Präsident des vereinigten Berliner Landgerichts geworden. Der bereits in den Ruhestand versetzte Untersuchungsrichter Kölling wurde aus der Aiche hervorgezogen und zum Landgerichtsdirektor befördert. Jetzt hat man ihm als besondere Ehrung den an sich nichtsagenden Posten eines stellvertretenden Präsidenten der Reichsdisciplinarkammer in Magdeburg verschafft. Kölling gilt als der unfähigste Jurist Magdeburgs. Er hat sämtliche Examina nur nach mehreren Wiederholungen mit Ach und Krach bestanden. Seine Unfähigkeit ist sprichwörtlich. Es ist bezeichnend, daß die Nazis keinen würdigeren Richter für das Ehrenamt bezeichnen können. Wir entnehmen daraus, daß die tüchtigen und fähigen Richter auf ihrer dem Nationalsozialismus abgeneigten Gesinnung auch weiterhin beharren und deshalb für die Ehrenposten nicht in Frage kommen können. Ein sehr beachtliches Zeichen dafür, wie wenig es dem Nationalsozialismus gelungen ist, die Intelligenz innerlich für sich zu gewinnen.

Deutschland fabriziert Ersatz

Von Jan Severin

Der deutsche Wirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt hat kürzlich in einer Münchener Rede an die Industrie dargelegt, daß die deutsche Handelsbilanz sich im laufenden Jahre deswegen aller Voraussicht nach passiv gestalten werde, weil einerseits die Einfuhr von Rohstoffen im Zusammenhang mit der Verbesserung der deutschen Binnenkonjunktur außerordentlich gewachsen sei und weil andererseits im Zusammenhange mit der Weltkrise der Export deutscher Waren immer schwerer werde. Der Reichswirtschaftsminister, der allerdings bei dieser Gelegenheit weder auf die wahren Gründe der gesteigerten Rohstoffeinfuhr, noch auf diejenigen der wachsenden Exportwiderstände, denen gerade die deutschen Waren am Weltmarkt begegnen, näher einging, hat aus dieser Lage vor allem eine Konsequenz gezogen: Er forderte nämlich die deutsche Industrie dazu auf, durch Herstellung von Ersatzmaterialien dafür Sorge zu tragen, daß man ohne die große Rohstoffeinfuhr durchkommen könne. In dieser Frage der Ersatz-Rohstoffe äußerte sich der Minister sehr optimistisch und erklärte, es sei bei Befolgung dieser Devise anzunehmen, daß Deutschland im Laufe einer gewissen Zeit von der Einfuhr fremder Rohstoffe infolge der Herstellung „gleichwertigen“ Ersatzes so gut wie völlig unabhängig werden dürfte.

Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß die deutsche Volkswirtschaft schon in früheren Zeiten einmal von der Einfuhr fremder Rohstoffe fast völlig abgeschlossen war, und zwar im Weltkrieg.

Man erinnert sich weiter, daß es tatsächlich jahrelang zur Not möglich war, einen allerdings einseitig orientierten Produktionsapparat damals aufrecht zu erhalten. Fügt man bei einer objektiven Erörterung dieser für das heutige Stadium der deutschen Wirtschaftsentwicklung außerordentlich wichtigen Frage noch als günstiges Moment hinzu, daß die Wissenschaft inzwischen beträchtliche Fortschritte gemacht hat, so könnte man auf den ersten Blick meinen, daß eine Art Rohstoffautarkie in Deutschland in ähnlicher Weise erreichbar sein würde, wie es teilweise auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung oder doch wenigstens beim Brotgetreide möglich geworden ist. Offensichtlich wird dieser Optimismus in Deutschland jetzt sehr stark gefördert und man wird sogar mit gewissen Teilerfolgen rechnen können. Trotzdem ist aber eine wirkliche Aussicht, daß Deutschland hier gewissermaßen durch eine Zauberei seiner heutigen schweren Krisenprobleme Herr werden wird, nicht vorhanden und man kommt bei einer sachlichen Ueberprüfung der sich bietenden Möglichkeiten zu dem Ergebnis, daß sich diese Schwierigkeiten durch Experimente dieser Art nur noch weiter verschlimmern müssen. Deutschland ist heute aus politischen und anderen Gründen, die oft genug erörtert wurden, auf dem gefährlichen Weg einer Abwendung von der Weltwirtschaft geraten. Diese künstliche Loslösung vom Weltmarkt wurde durch die völlig verfehlten Ideen von der Autarkie und von der Möglichkeit einer Aufrüstung gegen den Willen der ganzen Welt eingeleitet. Die Weltwirtschaft hat darauf ihrerseits durch eine Ausscheidung Deutschlands von den Exportmärkten, vom Anleihemarkt, vom gesamten internationalen Kreditwesen, von der Weltseefahrt usw. reagiert. Kurz, aber nicht ganz vollständig, läßt sich dieses Verhalten der Außenwelt gegenüber den von Deutschland beschrittenen Wegen mit dem Wort eines Boykotts kennzeichnen.

Die heutige Krise, die ihrer ganzen Struktur nach die Tendenz zu einer ständigen weiteren Verschlimmerung zum Schaden der deutschen Bevölkerung und ihrer Lebenshaltung zeigt, ließe sich im Prinzip nur dadurch mildern, daß man ihre Ursachen beseitigt, daß man also die Gründe aufhebt, aus denen sich die gesamte moderne Kulturwelt, insbesondere auch in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung von Deutschland und dem in diesem Lande heute herrschenden Regime abgewandt hat.

Wiederum aus politischen Gründen, und zwar vor allem des Prestiges, ist dieser Weg zurück, den ein anderes Deutschland in Erkenntnis der begangenen Irrtümer ohne weiteres aufnehmen könnte, für das heute in Deutschland herrschende Regime ungangbar. Aus diesem Grunde sucht man sein Heil jetzt darin, den unheilvollen Weg der Loslösung von der Weltwirtschaft sogar gegen die eigene Erkenntnis fortzusetzen, und zwar im gleichen Augenblick, in dem man bereits gezwungen ist, offen zuzugeben, daß der ganze Gedanke von der deutschen Autarkie ein Wahngelbde war. Bei diesem erneuten Fortschreiten auf dem sachlich bereits als völlig verfehlt erkannten Wege der Autarkie bildet die Ersetzung der aus dem Auslande eingeführten Rohstoffe durch künstliche Produkte eine weitere Etappe.

Wenn man es so darstellt, daß mit diesen Methoden wirklich eine Besserung erzielt werden kann, so führt man bestenfalls nur Scheingründe dafür ins Feld in der Hoffnung, daß man durch einigle Teilerfolge, die, wie schon betont wurde, durchaus möglich sind, wenigstens Zeit gewinnen kann.

Aus naheliegenden Gründen politischer Natur ist das natürlich schon sehr viel. Man hofft weiter, daß die Drohung, Deutschland werde auf die Einfuhr fremder Rohstoffe verzichten und dadurch die Baumwolle, Kupfer, Kautschuk usw. produzierenden Länder in der jetzt immer deutlicher zutage tretenden Periode der konjunkturellen Besserung neuerdings zurückwerfen, Erfolge haben werde. Diese Erfolge erwartet man vor allem auf dem Gebiete einer größeren Bereitschaft zu Rohstoffkrediten und einer größeren Nachgiebigkeit in der Frage der Schuldentilgung. Kurz, diese ganze neue Hypothese, daß Deutschland auf den Bezug ausländischer Rohstoffe verzichten könne und werde, indem es künstlichen Ersatz fabriziert, ist ausgesprochen demagogischer Natur und muß schon deswegen mit einem neuen furchtbaren Rückschlag enden. Ers scheint notwendig, hierauf schon jetzt, im ersten Stadium dieser neuen Entwicklungsphase, hinzuweisen, indem man kurz feststellt: Deutschland verzichtet bei der Durchführung dieses neuen Autarkieplanes auf die letzten Möglichkeiten einer Teilnahme an der Besserung der internationalen Wirtschaftskonjunktur. Es tauscht diese wertvolle Möglichkeit an der allgemeinen Konjunkturbesserung zu

profitieren, gegen eine äußerst zweifelhafte, geradezu hasardmäßig anmutende Chance ein, alte, längst als falsch erkannte Ideen des heutigen Regimes im Kampf gegen die ganze Welt doch durchzusetzen.

Diese Chance ist trügerisch, weil zunächst einmal der Vergleich mit den Kriegsjahren ganz oberflächlich und darum völlig verfehlt ist. In den Krieg ging die deutsche Bevölkerung in einem durch die vorausgegangenen Konjunkturjahre äußerst gesunden Ernährungs- und Bekleidungsstand.

Der einzelne, die Familien und die Haushaltungen, aber auch die Finanzen der Gemeinden, Länder usw., die Industriebetriebe usw. konnten also damals von einer Substanz zehren, die heute schon seit langem nicht mehr vorhanden ist. Heute ist der Ernährungs- und Bekleidungsstand der Bevölkerung selbst nach den Angaben des gleichgeschalteten Konjunkturinstitutes infolge der Krise völlig verzweifelt. Der Gesundheitszustand ist in Deutschland nicht nur seit Jahrzehnten, sondern sogar wahrscheinlich seit Jahrhunderten niemals schlechter gewesen als gerade jetzt. So wie beim einzelnen und in den Haushaltungen ist das Erneuerungsbedürfnis bei den Industriebetrieben, bei der Landwirtschaft, bei der öffentlichen Hand usw. heute außerordentlich groß und die Möglichkeit des sogenannten „Durchhaltens“, die 1914, wenn auch unter den bekannten Schwierigkeiten und mit dem Risiko des ebenso bekannten Fiaskos von 1918 in wirtschaftlicher Hinsicht bis zu einem gewissen Grade vorhanden war, fehlt heute. Der Zeitpunkt, an dem dieses Erneuerungsbedürfnis so stark hervortreten muß, daß ein Zusammenbruch unvermeidbar wird, dürfte heute durch Ersatzfabrikate keinesfalls vier Jahre hinausgeschoben werden können, wie es damals geschah.

Aber auch das Verhältnis vom Rohstoff zum Ersatz hat sich heute grundlegend gewandelt, und zwar nicht nur in technischer, sondern vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die Rohstoffe sind durch die Krisenentwicklung am Weltmarkt heute auf einem Preisniveau angelangt, das nur einen Bruchteil desjenigen der Kriegsjahre darstellt. Der Weltwirtschaft steht heute ein riesiger Ueberfluß an Rohstoffen zur Verfügung und gerade dieser Reichtum an billigen Rohstoffen wird es den führenden Industriestaaten gestatten, sobald erst einmal der Krisentiefpunkt überwunden ist, was heute zweifellos der Fall ist, in sehr hohem Maße an der Konjunkturbesserung teilzunehmen. Diejenigen Länder, die grade heute von diesem Rohstoffüberfluß und dem vorläufig noch sehr niedrigen Preisniveau nicht profitieren können, insbesondere aber ein Land, das sich grade in dieser entscheidenden Periode mit Ersatz begnügen muß, erleiden hierdurch einen Verlust, der in Jahren, vielleicht sogar in Jahrzehnten nicht mehr aufzuholen sein wird. Sie veräußern die wichtigste und wertvollste Möglichkeit, den Anschluß an die internationale Konjunkturbesserung zu finden. Sie müssen auf wirtschaftlichem Gebiet auf einem Niveau zurückbleiben, das von der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere derjenigen der übrigen Industrieländer, in kürzester Zeit außerordentlich stark überholt sein muß.

Hierzu kommt weiter, daß die Fabrikation der Ersatzroh-

stoffe, die sich in Deutschland trotz der fortgeschrittenen Produktionsmethoden schon bei wesentlich höheren Weltmarktpreisen der natürlichen Rohstoffe nicht lohnte, heute so teuer ist, daß sich der minderwertige Ersatz in zahlreichen, und sogar grade in den wichtigsten Fällen um 50 und 100 Prozent teurer stellt, als der eigentliche Rohstoff am Weltmarkt.

Der einzige Rohstoff, bei dem die Verhältnisse an und für sich noch relativ günstig liegen, ist die Wolle, weil hier bekanntlich eine ganz sprunghafte Steigerung an den internationalen Märkten auf das Doppelte und darüber erfolgt ist. Trotzdem endeten die deutschen Versuche mit der Kunstwolle mit einem fürchterlichen Fiasko, denn es ergab sich, daß die aus der Weiterverarbeitung getragener Wollgewebe, Kleider usw. hergestellte Kunstwolle wesentlich teurer war, als die natürliche Schafwolle. Die Forcierung der deutschen Schafzucht vollends ergab, daß es nicht einmal gelang, auch nur 10 Prozent des Inlandsbedarfes bei Aufbietung aller Kräfte durch Inlandszucht zu decken. Auch hier stellte sich der Preis bei wesentlich geringerer Qualität sehr viel höher, als derjenige der besten australischen Wolle. Aber Wolle ist noch das einzige, relativ günstige Beispiel. Der synthetische Kautschuk, den die I.G.-Farben-Industrie herstellt, kostet ein mehrfaches vom Preise des natürlichen Produktes. Kupfer und andere Metalle sind überhaupt nicht zu ersparen. Selbst die gewiß sehr optimistischen Feststellungen des Generaldirektors Schulte von den Diesche-Werken, der von der Hitler-Regierung mit der Behandlung der Frage betraut war, wie man ausländische Metalle durch deutsche Bergwerksprodukte ersetzen könnte, sind jetzt zu einem niederschmetternden Resultat gelangt. In seinen, in der „Kölnischen Zeitung“ erfolgten Veröffentlichungen muß Schulte nämlich zugeben, daß eine auch nur teilweise Befriedigung des deutschen Bedarfes durch eine Erhöhung der inländischen Metallproduktion als erste zwingende Voraussetzung die Wiederherstellung der Metallpreise von 1929 hat, die bekanntlich nicht weniger als zirka 200 Prozent der heutigen Weltmarktpreise betragen. Das würde also bedeuten, daß Deutschland selbst für diese teilweise Deckung des Inlandsbedarfes durch deutsche Metalle das Dreifache ausgeben müßte, wie das Ausland. Man wird leicht begreifen, zu welcher riesigen Kapital-Fehlinvestitionen und zu welcher vollständigen Erwürgung des letzten Restes deutscher Exportfähigkeit solche „Programme“ führen müssen.

Wenn man schließlich in Deutschland, um die Baumwoll-einfuhr zu sparen, wieder Kleider aus Papier tragen wird, so muß es nach dem Abflauen der ersten Begeisterung wirklich höchst zweifelhaft sein, ob man auf diese Weise die politische Stimmung sehr verbessern kann.

In jedem Falle also dürfte eine Durchführung der neuen und eigentlich sehr alten, aber ihrer Unbrauchbarkeit halber bisher niemals realisierten Idee schon in sehr kurzer Zeit zu einem neuen schweren Fiasko führen und insbesondere den anderen Industriestaaten in der jetzigen entscheidenden Besserungsperiode der Weltkonjunktur einen Vorsprung sichern, den Deutschland auf dem Weltmarkt in absehbarer Zeit nicht mehr aufholen kann. Ähnlich wie bei allen bisherigen Versuchen, auf wirtschaftlichem Gebiet nüchternen Tatsachensinn durch gefährliche Experimente und demagogische Phrasen zu ersetzen, wird sich auch hier zeigen, daß im zwanzigsten Jahrhundert die Weltwirtschaft für kein einziges Land, also auch nicht für das „dritte Reich“ ersetzt werden kann — — — auch nicht durch Ersatzstoffe.

Inlandskonjunktur aus öffentlichen Mitteln

Ausfuhr überall schlecht

Der Monat April hat nach den Berichten der deutschen Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Wirtschaftsverbände eine allgemeine Belebung im Inlandsgeschäft gebracht. Die Regierungsmaßnahmen und -aufträge wirken sich weiter günstig aus. Das Auslandsgeschäft allerdings hat noch keinen Umschwung aufzuweisen.

Der Beschäftigungsumfang in der Werkzeugindustrie des Remscheid-Bezirks hat im April weiterhin eine leichte Zunahme erfahren. Der erhöhte Auftragseingang beschränkte sich aber wiederum fast ausschließlich auf das Inland. Die verschiedensten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung haben sich fast in der gesamten Werkzeugindustrie durchaus zufriedenstellend ausgewirkt. Im Gegensatz dazu ist eine gewisse Absatzstockung aus verschiedenen Gründen in Werkzeugen für Fleischereien zu verzeichnen. Nach einem Bericht der Bergischen Handelskammer Wuppertal-Remscheid ist das Auslandsgeschäft nach wie vor außerordentlich schwierig, insbesondere infolge des Wettbewerbs englischer und amerikanischer Firmen, die infolge des Währungsstandes billiger anzubieten vermögen.

Die Lederindustrie berichtet über das Lederschuhwerk: Nach der Rekorderzeugung von 1927 — 78,4 Mill. Paar — hatte sich die Erzeugung in den folgenden Jahren empfindlich gesenkt. Von 1928 bis 1930 waren 70,4 bzw. 72,9 bzw. 70,7 Mill. Paar hergestellt worden. 1931 erfolgte ein weiterer Rückgang auf 65,6 Mill. Paar, 1932 sogar auf 60,2 Mill. Paar. Das Jahr 1933 hat hingegen erstmals wieder eine Hebung der Produktion, und zwar um etwa 7 1/2 Prozent auf rund 64,5 Mill. Paar gebracht.

Dieses Anwachsen der Erzeugung ist lediglich der konjunkturellen Belebung am heimischen Markt zuzuschreiben. Denn der Anteil des Auslandsgeschäftes am Gesamtumsatz hat sich neuerdings sogar noch verringert, nachdem bereits seit 1931 die Kurve der deutschen Schuhausfuhr eine absteigende Tendenz gehabt hat.

AEG.: Neuverlust 26 5 Millionen RM. Umsatz um 40 Millionen RM. gesunken

In der Aufsichtsratsitzung der AEG. am 7. Mai d. J. wurde der Jahresabschluss für 1932/33 genehmigt. Der Gesamtumsatz ist auf 180 (i. V. 220) Mill. RM. zurückgegangen, im wesentlichen durch das Sinken des Auslandsgeschäftes, vor allem des Russengeschäftes. Die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft hat aber gegen Ende des Geschäftsjahrs zu einer Steigerung der Inlandsaufträge geführt. Das Geschäftsergebnis des abgelaufenen Jahres ist trotz der durchgeführten Sparmaßnahmen infolge des verringerten Umsatzes und des weiteren Sinkens der Preise nicht befriedigend gewesen. Auch der Geschäftsgang der Beteiligungsgesellschaften war nur zum Teil befriedigend. Es wird ein Verlust von 26,5 Mill. RM. ausgewiesen, der mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 30,6 Mill. RM. auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Continental-Gummi

In der Bilanzsitzung der Continental-Gummi-Werke AG. in Hannover wurde beschlossen, der GV. (31. Mai) eine Dividende von wieder 8 Prozent vorzuschlagen.

Die Förderung, die die Regierung der Motorisierung Deutschlands angedeihen ließ, habe einen stark belebenden Einfluß auch auf die Lieferungen an die Automobilindustrie ausgeübt, so daß sich der Inlandsumsatz mengen- und wertmäßig beträchtlich steigern konnte. Der Wettbewerb in allen Artikeln habe sich aber weiter verschärft. Der Wunsch aller Beteiligten, an der Wiederbelebung des Geschäftes einen möglichst großen Anteil zu haben, habe zu Formen im Wettbewerb geführt, die auch durch die bestehenden Marktregelungsverträge nicht ganz beseitigt werden konnten. Dazu kommt noch, daß die Verkaufspreise den Steigerungen von Rohgummi und Rohbaumwolle nur in kleinstem Ausmaß folgen konnten.

Der Auslandsumsatz ist weiter zurückgegangen. Die Internationale Continental Caoutchouc Co. in Amsterdam, die dieses Verkaufsgeschäft pflegt, habe durch die Absenkung der Währung in den einzelnen Ländern und durch den Rückgang der Verkaufsziffern Verluste erlitten.

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Die Inquisition von Bremen

Der Scheiterhaufen vom 10. Mai 1933

Am 10. Mai 1933 war in Deutschland der „Tag des verbrannten Buchs“. Die Scheiterhaufen brannten und verzehrten die Werke der besten und kühnsten Federn, die aus Gründen der Gesinnung oder der Rasse den braunen Machthabern mißlieblich waren. Ein unvergeßlicher Tag deutscher Schande. Er leitete die „Säuberung“ der Bibliotheken, den Terror gegen Verleger und Buchhändler ein, die Enthronung des Geistes durch Unkunst und Schund. Göbbels gab in Berlin seinen rhetorischen Segen dazu.

Hier erzählt ein Augenzeuge, wie die Verbrennung in Bremen vor sich ging.

Auf meiner mehrtägigen Radtour war ich in Bremen angelangt. Die Hansestadt hatte es mir angetan, ich wollte sie unbedingt kennen lernen. Es war nun heute der zweite Tag, daß ich durch die Straßen von Bremen bummelte. Die alten Straßen mit ihren alten Kaufhäusern im Renaissancestil heimelten mich an, hier könnte man Kunststudien treiben, ohne an die „neue Zeit“ erinnert zu werden, die angeblich über Deutschland hereingebrochen war und sich auf den Hauptverkehrsstraßen Bremens durch SA-Leute, Hakenkreuzfahnen und Plakate zu erkennen gab.

Bremer Freunde erzählten mir, daß es nun ebenfalls mit dem künstlerischen Schaffen der Künstler in der Böttcherstraße vorbei sei. Die Böttcherstraße bildete eine interessante Straße vorbei. Die Böttcherstraße bildete eine interessante Straße vorbei. Die Böttcherstraße bildete eine interessante Straße vorbei. Die Böttcherstraße bildete eine interessante Straße vorbei.

Am Nachmittag des 10. Mai hatte sich der Himmel etwas aufgeklimmert. Ich war, dies ausnützend, weit zum Hafen hinaus spaziert. Gegen 5 Uhr befand ich mich auf dem Rückwege durch die Hafenvorstadt. Schon von weitem vernahm ich durch die Hafenvorstadt. Schon von weitem vernahm ich durch die Hafenvorstadt. Schon von weitem vernahm ich durch die Hafenvorstadt.

Es war mir also durchaus nicht klar, warum schon am frühen Nachmittag die Straßen mit „nationalen Geräuschen“ erfüllt wurden. Doch bald bot sich mir ein merkwürdiger Anblick. Ich hatte zwar in den letzten Wochen viel gesehen und noch mehr erlebt. Man war hinreichend an merkwürdige Ereignisse und Geschehnisse gewöhnt. Aber hier blieb mir doch „die Spucke weg“, denn das hatte ich nicht erwartet, hier in Bremen Zeuge einer mittelalterlichen „Inquisition“ und „Hexenverbrennung“ zu werden. Hatte man doch mitten auf dem großen Platz ganze Wagen voll Zeitungs- und Bücherpakete angefahren und eine Anzahl SA-Leute waren dabei, die Pakete auseinanderzureißen und alles um

einen großen Pfahl aufzuschichten. Und die an den vier Ecken des Platzes aufgestellten riesigen Lautsprecher grölten dazu ihre Weisen. „Stolz weht die Flagge: schwarz-weiß-rot . . .“, „Deutschland, Deutschland über alles . . .“, dann einmal wieder ein Militärmarsch, so ging es in einem fort.

Einige Kinder standen dabei und verfolgten mit fragenden Blicken das Treiben der SA-Leute. Spaziergänger kamen vorbei und betrachteten sich neugierig dieses eigenartige Schauspiel, betrachteten mitunter besonders interessiert die zusammengeschürten Pakete, als wenn sie versuchen wollten, diese Zeitungen zu lesen. Selbst die SA-Leute verrichteten stumm ihre „Arbeit“. Da war einer, der hatte besonders Gefallen daran, rote Fahnen, alte Uniformstücke, alte Jacken, Hosen und Mützen, alte Wahlplakate aus dem Haufen hervorzuziehen, die Kleidungsstücke mit Zeitungen dick voll zu stopfen und dann alles in der Mitte des Haufens an dem Pfahl aufzurichten. Man konnte meinen, es sei ein kleines Kind, das dort mit alten Sachen spielte und seine Freude daran hat, ulkige Verkleidungen vorzunehmen.

Ab und zu nahm einer einen Eimer mit leicht brennbarer Teerflüssigkeit und beschüttete damit den Bücherstoß. Die Arbeit ging langsam, fast träge vorstatten. Man konnte es den SA-Leuten anmerken, daß es ihnen langweilig dabei war. Da waren Stöße von alten Gewerkschaftszeitungen — man hatte sie am 2. Mai aus dem Gewerkschaftshaus geschleppt —, da waren Wahlbroschüren, Zeitschriften, Bücher von Marx, Engels, Wassermann, Mann usw., sie nahmen alles, zerrissen es und schmissen es gleichgültig und phlegmatisch auf den Feuerstoß. Das war ihre Beschäftigung an diesem Nachmittage. Der Lautsprecher knatterte und bellte, doch die Bewohner des Hafenviertels ließen sich nicht herbeilocken. Der Zuschauer wurden immer weniger. Der Feuerstoß wurde größer und größer, oben auf die ausgestopften Uniformen, einige rote Fahnen und Wahlplakate. — Ein SA-Mann ging eben wieder mit seinem Teereimer um den Stoß und spritzte seine Flüssigkeit bis zu den roten Fahnen. Der Lautsprecher grölte: „Deutschland, Deutschland über alles . . .“. Ich hatte genug und entfernte mich.

Am anderen Morgen waren die Zeitungen wieder mit fettgedruckten Uberschriften versehen. „Das nationale Deutschland marschiert wider den undeutschen Geist“, so hieß es. Ich wurde neugierig, wie man das wohl meinte und kaufte mir eine Zeitung, um Näheres zu erfahren. Da fand ich ganze Seiten mit großartigen Schilderungen von Fackelzügen und Reden ausgefüllt. Da stand, daß man gestern Abend auf dem Marktplatz im Rahmen einer großen nationalen Feier den „undeutschen Geist“ verbrannt habe, daß es sich hier um ein großes Ereignis gehandelt habe, welches in der „deutschen Geschichte“ unvergeßlich bleiben werde. In allen Städten Deutschlands habe man gestern Abend die „undeutsche Literatur“ verbrannt und Studenten waren überall ganz besonders beteiligt. —

Ich wußte genug und wußte, daß ich diesen Feuerstoß vom 10. Mai 1933 niemals vergessen werde. —

Hermann Feuerbach.

Beaune Kleinigkeiten

Die Gleichschaltung des Verbandes Deutscher Rabbiner ist nunmehr beschlossene Tatsache, da man höheren Orts der berechtigten Ansicht ist, daß der Prozentsatz der Juden in diesem Beruf viel zu hoch ist.

Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Herbert Cohn II erhielt gestern Abend den Besuch dreier Herren in SA-Uniform. Die Beerdigung findet am kommenden Sonntag statt.

An den deutschen Buchhandel erging von maßgeblicher Seite her die Aufforderung, in Zukunft nur noch broschierte Bücher auf den Markt zu bringen, da jede Art von schnittener Literatur mit Recht als volksfremd empfunden wird.

Zu Ehren des Preussischen Ministerpräsidenten General Hermann Göring wurden die Berliner Ringvereine in Göringvereine umbenannt.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß zahlreiche Hitler-Eichen, -Linden, -Erlen, -Kastanien, Stachelbeersträucher usw. nützlichweise in nicht wiederzugehender Weise beschmutzt werden. Nach wochenlangen, umfangreichen Bemühungen der Gestapo unter persönlicher Leitung von General Göring und unter wiederholtem Einsatz der Hundertschaften zur besonderen Verwendung ist es nunmehr endlich gelungen, einen dieser Verbrecher auf frischer Tat dingfest zu machen. Es handelt sich, wie wir dazu erfahren, um einen Fox-Terrier, dessen Name jedoch im Interesse der weiteren Untersuchung noch geheim gehalten werden muß. Der Täter hat jedoch schon gestanden, von den berüchtigten Kommunisten Willi Münzenberg, Heinrich Mann und Georg Bernhard angestiftet worden zu sein. Er wird voraussichtlich in dem demnächst stattfindenden Prozeß gegen den Kommunistenführer Thälmann als Hauptzeuge auftreten.

Die Reichsregierung bereitet ein neues Gesetz vor, demzufolge in Zukunft im Rahmen der Tierschutzmaßnahmen auch das Essen von Eiern in rohem, gekochtem, gebratenem oder sonstigem Zustand untersagt wird. Im Zubereiten oder Essen von Eiern wird mit Recht ein Verglehen gegen das keimende Leben und somit gegen den § 218 gesehen.

Der Berliner Sportpalast ist vom preussischen Innenministerium beschlagnahmt worden. Er wird im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms umgebaut und soll in Zu-

kunft für die Aufbewahrung der Uniformen des Ministerpräsidenten dienen.

Die Veröffentlichung der vorstehenden Nachrichten wird hiermit genehmigt.

Reichsministerium für Propaganda
gez. Georg Wilmen
Wirkl. Geh. Reichspropagandist

Dacum!

Adolf Busch an die Hakenkreuzler

Der Musikverlag Fr. Kistner und C. F. W. Siegel, Leipzig, schickte dem berühmten Geigenkünstler Adolf Busch einen Prospekt über das neu erschienene Violinkonzert von Wey und unterzeichnete den Begleitbrief „Mit deutschem Gruß und Heil Hitler“. Adolf Busch und Rudolf Serkin, dem eine gleichartige Sendung zugegangen war, schickten Briefe und Prospekte an den Verlag ohne Kommentar zurück. Der Verlag gab sich damit nicht zufrieden, sondern fragte an, warum die Rücksendung erfolgt sei. Die gemeinsame Antwort Buschs und Serkins ist ein Dokument der Haltung aufrechter Künstler. Sie lautet:

Adolf Busch, Basel
Serkin, Basel.

Riehen/Basel (Schweiz), Schnitterweg 50,
den 17. März 1934.

Sehr geehrter Herr!

Die Rücksendung Ihres Briefes bestand zu Recht. Die beiden Prospekte gingen auch an Sie zurück. Sie werden unterdeß angekommen sein. Wir lehnen es ganz entschieden ab, mit Ihrem Gruß verabschiedet zu werden. Wir leben hier in der Schweiz, was bedeutet, daß wir Ihre Grußformel als Beleidigung empfinden.

Hochachtungsvoll

(Stempel)

Sekretariat Adolf Busch, Rudolf Serkin
gez. L. Schmid.

Professoren! Antreten!

Der württembergische Kultminister hat in dem Bestreben, die Hochschulen immer stärker mit nationalsozialistischem Geist zu durchdringen, die Bestimmungen für die Erteilung der Lehrberechtigung neu geregelt. Die Möglichkeit einer Habilitation ist künftig an die Voraussetzung eines Dienstes von mindestens zwei Monaten in einem Geländesport- oder Arbeitsdienstlager gebunden. Auch von den bereits habilitierten Privatdozenten, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die dieser Bedingung nicht entsprechen, wird erwartet, daß sie im Laufe des Jahres das Nachhol-

Hunger

(Aus dem in Kürze im Offensiv-Verlag, Paris, erscheinenden Gedichtband: „Hunger in Paris“, von Paul Scholl.)

Ich habe Hunger, — und Hunger tut weh!
Und es knurrt und es schmerzt mich der Magen.
Doch wo ich gehe und wo ich steh,
Seh ich weiße Brotberge ragen.

Nun ist zwar Hunger schon an und für sich
Auf die Dauer nicht gut erträglich;
Und sieht man erst Schinken und Brot und Fisch
Rings um sich herum, — das ist fürchterlich!
Das ist einfach unerträglich!

Da ist zum Beispiel die Erkerscheibe
Mit Butter und Gansbraten voll.
Und ich stehe davor und ich sehe und reibe
Die Nase mir an der Erkerscheibe,
Und dann sage ich mir: Paul Scholl,
Du bist ein gewöhnlicher Emigrant
Und du kommst noch dazu aus einem Land,
In dem sie von Hoffnungen leben.
— Dein Magen darf auch einmal beben. —

Und wie ich so denke, um nicht zu reden,
Ist leise ein Mann hinter mich getreten.

Der reibt auch die Nase an der Scheibe.
Und dann sagt er leise zu seinem Weibe
Die schmal und hungrig hinter ihm steht:
„Nichts für den Prolet!
Verstehts du, . . . das ist nicht für die Proleten!
Das ist nur für die, die sie kneten und treten!
Verstehst du, das ist nur für die, . . . du . . .!“
— „Mann,“ sagt die Frau, „Mann, Gott, halt Ruh!
Siehst du denn nicht die zwei Schugleute da!“
Er drehte sich um, bis er endlich sie sah,
Und dann gingen sie weiter und er sagte nur: „Ja!“

Paul Scholl.

Wie verbitten uns . . .

Fort mit dem Alten Testament

Wir lesen folgenden Aufruf, groß aufgemacht, in der „Fränkischen Tageszeitung“: „Unerhörte Provokation! . . . Der Streit um das Alte Testament ist seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in schärfster Heftigkeit entbrannt. Ueber den Inhalt wollen wir heute nicht streiten, darüber ist sich jeder Deutsche im klaren. Umso eigenartiger wirkt es auf uns, wenn ein katholischer Verlag ein Buch unter dem Titel „Das Alte Testament und seine Bedeutung für die Gegenwart“ herausbringt. . . . Dem Verlag ist scheinbar nicht bekannt, daß das Alte Testament nichts anderes als die außerordentlich bezeichnende Sittengeschichte des jüdischen Volkes ist, die von Perversitäten geradezu strotzt. Oft genug haben wir in früheren Zeiten die verderbliche Wirkung auf Jugendliche feststellen können. Wir wollen, daß unsere Jugend in Zukunft vor diesem „Heiligen Buch“ des jüdischen Volkes bewahrt bleibt und verbitten uns solche Redensarten, wie sie in der Einleitung zu finden sind.“

In England -

arbeiten 178 aus Deutschland vertriebene Gelehrte

Der Academic Assistance Council, dessen Vorsigender Lord Rutherford ist, berichtet, daß 178 aus Deutschland vertriebene jüdische Gelehrte Gelegenheit erhalten haben, ihre Forschungsarbeit an englischen Universitäten fortzuführen. Der Council dankt dem Central British Fund der englischen Juden für seine großmütige Spende von 2500 Pfund zu Gunsten jüdischer und nichtjüdischer Gelehrter. „Daily Telegraph“ widmet dem Bericht einen Leitartikel, in dem ausgeführt wird: Was die Flüchtlinge aus Flandern, die Hugonotten aus Frankreich zur Hebung der englischen Textilindustrie taten, das werden die Opfer des modernen Fanatismus in Deutschland zur Hebung gewisser Zweige der Wissenschaft, besonders der Chemie, in England tun können. Lord Rutherford teilt in einem Schreiben an die „Times“ mit, daß einige der verbannten jüdischen Gelehrten bereits auf englischem Boden mehrere bemerkenswerte und auch praktisch auszuwertende Entdeckungen gemacht haben.

Schweigen

Das Land erdröhnt, die Rundfunkredner brüllen,
wenn Göring ausruht, lärmt dafür Herr Ley,
SA marschiert, und ihre Lieder füllen
die deutsche Luft mit Brand- und Mordgedrechi.

Was soll der Lärm? Wen gilt's zu übertäuben?
Sind nicht die deutschen Stämme „treu vereint“?
Was soll der Lärm? Wer wagt noch, sich zu sträuben,
wer wagt zu sagen, was er wirklich meint?

Und doch — die allzu lauten Herren zeigen,
daß ihnen irgendetwas nicht gefällt.
Sie haben recht: im Lande spricht — das Schweigen
so laut, daß aller Lärm daran zerschellt.

Indes die Redner ihren Geist verspielen,
pflanzt sich im Volke dumpfes Schweigen fort
und weder Wachtparaden noch Haubitz
besiegen es. — Das Schweigen hat das Wort.

Die einen winden sich in Jubelkrämpfen,
die andern säen eine stille Saat,
die heute stumm sind, werden morgen kämpfen.
Das Schweigen reift — im Schweigen reift die Tat.

Hugin.

Das Ende des Reichsrats

Schmerzlos und ruhmlos ist er dahingegangen, der letzte Rest jener „deutschen Liberalität“, d. h. Fürstenanarchie, der noch Schiller in seiner Geschichte des dreißigjährigen Kriegs eine so rührende Fürsorge gewidmet hat. Der Staatsrechtslehrer v. Pufendorf aber hatte schon im 17. Jahrhundert dieses „Heilige Römische Reich deutscher Nation“, dieses Gemisch von Monarchie, Staatenbund und sonstigen Rechtsgebilden, als ein Ding, das man nicht definieren könne, als ein juristisches *Monstrum* bezeichnet.

An die Stelle alter deutscher Gemeinfreiheit mit ihren Volksversammlungen waren erst die Reichsversammlungen der Großen des Frankenreichs, dann allmählich die Versammlung der Fürsten und sonstigen Landesherren getreten, die als Reichstag bezeichnet wurde. Seit 1663 tagte er dauernd in Regensburg, als eine Versammlung einzelstaatlicher Diplomaten, aus deren Tätigkeit, die nur der Sorge um die „Souveränität und Dignität“ ihrer jeweiligen fürstlichen Häuser gewidmet war, für das absterbende Reich und sein Volk nichts Ersprießliches mehr herauskommen konnte. Die französische Revolution blies den moderigen Plunder weg. 1806 hörte der Reichstag mitsamt Kaiser und Reich auf zu bestehen.

Nach dem Zwischenspiel des Rheinbundes, der trotz einer Bundesverfassung und einem „Fürsten Primas“ doch nichts gewesen ist als eine Rekrutierungsgelegenheit Napoleons, kam 1815 der Deutsche Bund mit seinem in Frankfurt residierenden Bundestag, dem Großvater des nunmehr ebenso seligen Reichsrats. Eine Diplomaten- und Bürokratenversammlung, die anfangs 40, zuletzt nach allerhand Aussterben und Thronverzicht noch 33 deutsche Staaten vertrat und 1866 von Bismarck über den Haufen gerannt wurde. Eine wirkliche Tätigkeit hat er, abgesehen von Demagogie, Verfassungsbemühungen und einzelstaatlichen Eifersüchteleien, auch nicht entfaltet.

Nach der Vertreibung Oesterreichs, dem Ausscheiden Luxemburgs und der Annexion von fünf Bundesstaaten durch Preußen wurde der Norddeutsche Bund, 1871 zum Deutschen Reich erweitert, gebildet, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger eine starke Spitze und eine Volksvertretung hatte, aber in der Vertretung der 25 „Bundesstaaten“, dem Bundestag, sogar formell an den Bundestag anknüpfte. War sich in der Verteilung der Stimmen durch die Verfassung ausdrücklich auf die von Preußen „geerbten“ Stimmen der von ihm annektierten Mittel- und Kleinstaaten Bezug genommen. Mit diesen führte unter 58 Stimmen Preußen (statt im Bundestag, wie Oesterreich und die anderen Königreiche, 4) 17, Bayern auf Grund besonderer Vergünstigung im Reichsgründungsvertrag 6, die übrigen dieselbe Stimmenzahl wie einst im Bunde. Durch verschiedene Sonderbestimmungen war dem Präsidialstaat Preußen eine Reihe Einspruchsrechte in entscheidenden Fragen eingeräumt. Im übrigen herrschte es durch die vielen Stimmen der von preußischem Gebiet umschlossenen und von ihm völlig abhängigen Kleinstaaten, von denen Waldeck durch besonderen Vertrag seine Landesverwaltung samt der Stimme im Bundesrat an Preußen übertrug.

Dieser Bundesrat war gleichfalls ein rechtlich schwer zu definierendes Wesen: formell die Vertretung des eigentlichen Reichssouveräns (das war nicht der Kaiser, sondern die Gesamtheit der „Bundesstaaten“), tatsächlich ein Mittelding zwischen ständiger Diplomatenkonferenz, erweiterter Reichsregierung und erster Kammer des Reichs. Die eigentliche

Regierung lag bei dem preußischen Ministerium, das die Gesetzesvorlagen an den Bundesrat beschloß und dessen Präsident mit ganz kurzen Ausnahmen auch Reichskanzler war. Die „Reichsregierung“ bestand nur aus Staatssekretären, die dem Reichskanzler untergeordnet waren.

Die Tätigkeit des Bundesrats bestand hauptsächlich in der Beratung der Gesetzesvorlagen für den Reichstag, der Abfassung der Reichs-Ausführungsverordnungen und sonst ausgedehnten Verordnungs-, Kontroll- und Verwaltungsarbeiten. Politisch hat er neben Bismarck und später Wilhelm II. nie eine eigene Rolle gespielt. Mit dem Kaiserreich fiel er in die Versenkung.

In der Republik war sein Nachfolger als Vertreter der „Länder“ der Reichsrat mit allerdings erheblich eingeschränkten Befugnissen. So konnte die Reichsregierung auch ohne seine Zustimmung (er freilich auch ohne die der Regierung) Vorlagen an den Reichstag bringen. Diesem aber war ausdrücklich in der Verfassung das Recht der Gesetzgebung wie auch das der Bestätigung und des Sturzes der Reichsregierung zugesprochen. Der Reichsrat konnte nur durch Einspruch den Vollzug von Reichstagsbeschlüssen aufhalten, wobei in einem ziemlich verwickelten Verfahren dem Reichstag, gegebenenfalls auch dem Reichspräsidenten und als höchster Instanz dem Volksentscheid (der aber in solchem Falle nie angerufen wurde) die letzte Entscheidung zustand. Tatsächlich hat man sich meist verglichen oder die Frage durch Nachgeben des einen Teils erledigt.

Die Zusammensetzung des Reichsrats war jetzt mehr den Bevölkerungsverhältnissen angepaßt. Auf je 700 000 Einwohner stand jedem Land ein Vertreter zu, mindestens jedoch jedem Land einer und keinem mehr als Zweifünftel der Gesamtvertreterzahl. Das bezog sich auf Preußen, dem nach seiner Volkszahl sonst Dreifünftel, also die Mehrheit, zufallen waren. Dazu hatte man die Vertretung Preußens dadurch abgeschwächt, daß die Hälfte seiner Vertreter durch die Provinzialtage zu wählen waren: eine verhängnisvolle Bestimmung, die der meist von Bayern geführten Reaktion einen Teil der preußischen Vertreter zuführte und den Einfluß Preußens, das im Gegensatz zum partikularistischen Bayern die meisten Opfer zugunsten der Reichseinheit gebracht hatte, dessen Regierung an Stelle der schwankenden und oft wechselnden Reichsregierung die Vorkämpferin des republikanischen Gedankens im Reiche war, bedenklich schwächte. Preußen und Bayern zusammen hatten stets die Mehrheit.

Auch der Reichsrat übte noch eine erhebliche Tätigkeit bei Beratung der Reichsregierung und Ausarbeitung von Verwaltungsordnungen aus. Sonst hat er sich als Hemmung wachsender Reichseinheit, aber nur in beschränktem Maße als politisch bedeutsamer Faktor betätigt. Die Umwälzung der demokratischen Republik in einen despotischen Staat hat er nur passiv miterlebt. Für den Schutz der Verfassung, von der er ein Stück war, hat er keinen Finger gerührt. So ist er denn jetzt auch nach Beseitigung der Landeshoheiten mit dem verdienten leichten Fußtritt beseitigt worden.

Die große Aufgabe der Neugliederung des Reichs und der Verwaltungsreform seiner jetzt zu reinen Provinzen herabgedrückten Landesteile ist damit freilich noch nicht gelöst. Sie kann auch im despotischen Staate nie in wirklich befriedigendem, ebenso zweckmäßigen wie volkstümlichen Sinne gelöst werden.

Wie soll im „dritten Reich“ Recht gesprochen werden?

Man erinnert sich, daß das Urteil des Berliner Schwurgerichts im Prozeß wegen der Erschießung des Sturmführers Maikowski und des Polizeioberwachtmeisters Zaurig im Kreise der zuhörenden SA-Leute wegen seiner „Milde“ solche Empörung erregt hat, daß ob der Kundgebung die Verkündung des Urteils unterbrochen und der Staatssekretär Freisler gerufen wurde, der durch eine eigenartige Ansprache die Ruhe der braunen Zuhörer herzustellen vermochte. So konnte das Urteil zu Ende verlesen werden. Aber damit ist der Fall offenbar noch nicht erledigt.

Bekanntlich war der Maikowski-Sturm, der wegen seiner Gewalttaten in Charlottenburg besonders berüchtigt war, am 30. Januar 1933 vom „historischen“ Fackelzug aus provoziert durch eine ausgesprochen kommunistische Straßengezogen, in der er beschossen und neben einer Reihe von Verwundungen die beiden Todesfälle herbeigeführt wurden. Die Schützen, die den Tod der beiden verursacht haben, konnten nicht festgestellt werden. Sehr ernsthaft ist behauptet worden, sie seien im nationalsozialistischen Lager, wo die beiden Opfer sehr unbeliebt waren, zu suchen. Jedenfalls konnte das Gericht, das noch nicht ganz vom Freisler-Geist durchdrungen war, deswegen zu keiner Verurteilung kommen, so daß die heißersehtenen Todesurteile ausblieben. Es verhängte aber gegen die angeklagten Kommunisten, natürlich nicht gegen die provozierende SA-Leute, die gar nicht angeklagt waren, 150 Jahre Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte 250 Jahre beantragt.

Hören wir nun, was im Amtsblatt des Herrn Freisler, dem Stil nach offenbar von ihm selbst zu diesem Urteil gesagt wird:*) „Die Strafen haben in weitesten Kreisen lebhaftes Enttäuschung hervorgerufen. Einmal hatte das Empfinden des Volkes als gerechte Sühne Todesurteile erwartet. Solche konnten leider nicht erfolgen, da am 30. Januar 1933 für solche Taten noch die Strafgesetze des liberalistischen Staates galten.“**) Da leider die Rückwirkung des neuen Gesetzes erst vom 31. Januar an gilt, so konnte das Gericht für eine Tat oder angebliche Tat vom 30. nicht die geliebte Todesstrafe verlangen, was „besondere Empörung erregte“. Als Lehre für die Zukunft ergibt sich daher neben noch eindringlicher schwerster Strafandrohung bei Angriffen „gegen Volk und Staat“ ein noch entschiedeneres, nicht an einen

Tag gebundenes Rückwirkungsrecht neuer Strafgesetze. Diese „grundsätzlichen“ Ausführungen finden ihre würdige Ergänzung durch Ausführungen über die „nicht befriedigenden“ Strafen, die für die Stellung des Richters im nationalsozialistischen Staate kennzeichnend sind. Da wird bemängelt, daß in keinem Fall das Höchststrafmaß zur Anwendung gekommen ist, daß den Angeklagten, die fast ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen hatten, diese angerechnet wurde — alles entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, während doch „zwischen dem Strafmaß des Urteils und dem des staatsanwaltlichen Straftrags bei gesunder Rechtsprechung kein wesentlicher Unterschied bestehen darf“.

Es wird dann untersucht, ob für das unbefriedigende Ergebnis „sämtliche Mitglieder des Gerichts oder nur der Vorsitzende verantwortlich ist“. „Es ist immerhin denkbar, daß selbst dann, wenn er (der Vorsitzende) besten Willens ist, unter den Geschworenen sich jemand findet, der anderer Meinung und gewandt genug ist, seine, vom staatspolitischen Gesichtspunkte aus vielleicht sogar bedenkliche Ansicht durchzusetzen — trotz vorsichtiger Auswahl der Schöffen und Geschworenen.“ Daraus wird die Lehre gezogen, auch bei den Gerichten das „Führerprinzip“ einzuführen, d. h. dem Vorsitzenden allein die Urteilsfällung zu übertragen. „Wenn dann der Staat seine fähigsten (zu allem fähigen, D. B.) Juristen, begabt mit staatspolitischer Einstellung und getragen von nationalsozialistischem Wollen, an solche Stellen setzt . . . dann wird ein Versagen des Gerichts leichter vermieden werden können.“ Der Verfasser tröstet seine unbefriedigten P.g., daß schon jetzt auf Grund der neuen Gesetzgebung ein solcher Fall nicht mehr vorkommen könne. „Ist der nationalsozialistische Geist aber erst restlos im Gesetz wie beim Richter herrschend geworden, dann wird endgültig das Auseinanderfallen von Volksempfinden und Richterdenken beseitigt sein.“

Dann wird lustig darauf los geköpft werden, wie wir das ja schon seit Monaten erleben. Aber warum noch immer die großen Umstände mit Untersuchung, Gericht und dergleichen bis zur Exekution? Es genügt doch, wenn man einfach staatspolitisch eingestellte, von nationalsozialistischem Wollen getragene Scharfrichter, an denen nach der Schulung der SA. gewiß kein Mangel sein wird, mit der Fällung und zugleich der Vollstreckung der befohlenen Todesurteile betraut. Sicher wären das, wenn jetzt die Hoheitsverwaltungen der Länder abgebaut werden, passende Stellen für die Göring, Kerrl und Freisler. Warum so schüchtern, immer erst noch andere das Köpfen besorgen zu lassen? Selbst ist der SA-Mann!

Frankreichs Saarpolitik

Gegen den „Einschüchterungsversuch“ Deutschlands

Das „Oeuvre“ schreibt:

Wir haben uns gestern bei einer hohen Stelle erkundigt, welche Politik unser Land in Genf verfolgen will, wo die Saarfrage im Völkerbundsrat am nächsten Montag behandelt werden wird. Nach unseren Informationen wird Frankreich in seiner Politik nichts ändern, es wird kurz und bündig auf der Anwendung des Friedensvertrages beharren, was den Volksentscheid an sich betrifft; aber unsere Unterhändler werden sich bemühen — wie es ihnen übrigens ihre Pflicht auferlegt — daß, wie es der Friedensvertrag vorschreibt, die Geheimhaltung, die Zuverlässigkeit und die Freiheit der Abstimmung gewährleistet wird. Mit anderen Worten: Frankreich wird versuchen, Deutschland die ungeheure Kraft der Propaganda zu nehmen, jene Einschüchterung, dank deren Deutschland eine Vereinigung aller Stimmen auf das Reich erhofft.

Wenn Dr. Göbbels 93 Prozent der Stimmen für Deutschland in dem künftigen Volksentscheid ankündigt, so hat er selbstverständlich den Beweis für das in Händen, was er vorträgt — denn, seit Monaten, trotz der Anstrengungen des Völkerbundes und der Regierungskommission des Saargebietes, haben Abgesandte des Führers mit großer Geduld die Namen der Bewohner aller Städte aufgenommen (nach Bezirken, Straßen und Gebäuden), auch der kleinsten Flecken, und Drohbriefe sind an die Bewohner abgesandt worden, deren Mehrzahl, freiwillig oder nicht, schließlich versprochen haben, für Deutschland zu stimmen. Die deutsche Propaganda und die Repressalien, die das Reich ergreifen will, sind im übrigen genügend bekannt. Der Staatsrat Spaniol, Führer der Nationalsozialistischen Partei im Saargebiet (heute abgesetzt), hat sich gelegentlich einer Kundgebung am Niederwald-Denkmal folgendermaßen ausgedrückt: „Es kommt der Tag im Saargebiet, an dem wir mit den Verbrechern abrechnen werden, die gegen das Vaterland gehen, und an dem wir wie tolle Hunde diese Henker der deutschen Volksseele erschlagen werden!“

Besser noch hat sich Herr Göring, der preußische Ministerpräsident, in seiner Rede in Trier vom letzten November bezüglich der Saarfrage ausgedrückt: „Wenn der Augenblick im Saargebiet gekommen sein wird, so werde ich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit die roten Ratten (die Juden) sich nicht in die schwarzen Mauselöcher verkriechen können. Es wird sich alsdann nicht mehr darum handeln, diese von heute auf morgen auf den Trab zu bringen. Ich werde nicht verfehlen, diejenigen zu kennzeichnen, die ich im Auge habe.“

Frankreich wird sich also bemühen, vom Völkerbundsrat geeignete Maßnahmen zu erhalten, um diese Propaganda zu unterbinden und im gegebenen Augenblick die Ordnung aufrechtzuerhalten. Was muß zu diesem Zwecke geschehen?

Selbstverständlich mehr als das, was der Baron Aloisi, der vom Völkerbundsrat beauftragt ist, am kommenden Montag einen Bericht über die günstigsten Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet vorzulegen, von Berlin verlangt; nämlich die Zusage der deutschen Regierung, daß nach dem Volksentscheid gegen diejenigen, die nicht für den Führer gestimmt hätten, keine Vergeltungsmaßnahmen ergriffen würden! . . .

Unser Land war ebenfalls der Auffassung, daß die derzeitige saarländische Polizei, die vollständig von Hitler gewonnen ist, abgelöst und durch internationale Kontingente ersetzt werden müßte. Aber dieses Projekt ist durchgefallen — da kein Staat seine Leute dafür hergeben wollte.

Die französische Regierung wird sich ebenfalls aufs äußerste bemühen, damit der Völkerbundsrat oder, besser noch der Internationale Gerichtshof für den Volksentscheid alle Sicherheiten geben. Es wäre selbstverständlich, daß diese Stellen ihre Unterhändler an Ort und Stelle senden und so den Eifer der Nationalsozialisten etwas dämpfen würden.

Die Art, in der sich Deutschland bei der Vorbereitung zum Volksentscheid betragt, die internationalen Verwicklungen, die daraus entstehen können und der moralische Vorteil, den das Reich unter Umständen aus einem Erfolg ziehen könnte, bestärken natürlich, heute mehr denn je, die These derjenigen, die glauben, Frankreich hätte es nicht zum Volksentscheid kommen lassen dürfen, sondern es hätte diese Frage auf gutlichem Wege regeln sollen, so wie dies Hitler und von Papen einige Male angeboten haben. Das ist die Meinung der Minister und derzeitigen Regierungskommission des Saargebietes, welchem Staate sie auch angehören mögen, und es ist auch diejenige der Schwerindustrie Frankreichs, die glaubt, daß auf alle Fälle die Unterhaltungen zwischen französischen und saarländischen Industriellen beginnen müßten, da, je näher der Augenblick kommt, in dem das Saargebiet in das deutsche Zollgebiet zurückkehrt, die wirtschaftlichen Verhandlungen für unsere Interessen immer schwieriger werden.

Aber für alle, ohne Unterschied der Auffassung, dürfte es klar sein, daß dieser Volksentscheid unter Umständen Deutschland ein vorzügliches Sprungbrett für die innere und äußere Agitation bieten könnte. Hier liegt die Gefahr. Verschiedene ausländische Diplomaten, die Freunde Frankreichs sind, zeigen sich darüber sehr beunruhigt. Wenn sie es könnten, würden sie vielleicht verschiedenen unserer Alliierten beibringen, uns zu einem Weg zu drängen, den unsere angeborene Ritterlichkeit ablehnt; denn wir glauben immer, daß die Saarländer, die die Freiheit lieben, ihre ganze Hoffnung auf die Tätigkeit des Völkerbundes und Frankreichs gesetzt haben, und daß wir den Friedensvertrag achten müssen, der uns einen Volksentscheid auferlegt, bei dem jeder sich frei ausdrücken und aussprechen darf, ob er es vorzieht, daß das Saargebiet unter dem Schutz des Völkerbundes verbleibt oder zu Deutschland zurückkehrt.

Unser Land wird daher, wie wir glauben annehmen zu dürfen, sich der deutschen Propaganda im Saargebiet widersetzen und die Abstimmungsfreiheit gewährleisten. Denn, jetzt mit Hitler verhandeln, nachdem die französische Regierung ihre, übrigens so schwankende Politik, festgelegt hat, wäre vielleicht nicht zweckmäßig. Verschiedene unter uns glauben übrigens, daß die Hitlerregierung sich in einer sehr schlechten Lage befindet und daß es wohl möglich sei, daß sie den saarländischen Volksentscheid nicht gewinnen würde.

*) „Deutsche Justiz“ Nr. 5, S. 150/51.

**) Seitdem ist durch das „Gesetz zum Schutze des Staates“ Abhilfe geschaffen worden. Wer einem SA-Mann ein Haar krümmt verfällt jetzt dem Tode.

Deutscher Arbeiterbrief

„Zum Regierungsassessor ernannt“

Göring befördert einen gerichtsnotorischen Sadisten

Am 6. April hatte die große Strafkammer Steintin in der Strafsache gegen Dr. Hoffmann und sieben Nazigenossen wegen schwerer Mißhandlung ihnen anvertrauter Häftlinge außerordentlich hohe Strafen ausgeworfen. Der Kriminalangestellte Dr. Joachim Hoffmann wurde beispielsweise zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auffallend war, daß der Amtliche preussische Pressedienst dieses unter Ausschluß der Öffentlichkeit ergangene Urteil in alle Welt hinausposaunte mit folgender Begleitmusik:

„Auf persönliche Weisung des Ministerpräsidenten Göring, der den nachgeordneten Behörden die korrekte Behandlung aller Häftlinge zur unbedingten Pflicht gemacht und strengste Abmahnung etwaiger Uebergreife und Mißhandlungen an Gefangenen angeordnet hat, ist das Verfahren anhängig gemacht und von der Zentralstaatsanwaltschaft mit besonderer Beschleunigung durchgeführt worden. Das Urteil, in dem auf hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen erkannt worden ist, zeigt zur Genüge, daß Uebergreife im nationalsozialistischen Staat nicht geduldet und mit rückichtsloser Schärfe verfolgt werden. Die Tatsache der Durchführung des Verfahrens, die Höhe der ausgesprochenen Strafen verdeutlichen nachdrücklich die in ausländischen Presschriften verbreiteten Nachrichten über angeblich mit Duldung der Behörden verübte Greuelthaten in Gefängnissen und Konzentrationslagern.“

Schon damals schrieben wir, daß es sich hier um ein Schaunurtheil handelte, vorexerziert, um Görings Ruf zu bessern und die Greuelmärchen über die amtliche Duldung der SA-Exzesse zu widerlegen. In Wirklichkeit würde den braunen Sadisten, die nur Görings Pläne ausgeführt hätten, kein Haar gekrümmt. Wir ahnten damals nicht, daß es uns möglich sein würde, den Nachweis für unsere Behauptung eracht zu bringen. Vor allem, weil später bekannt wurde, daß der Generalfeldmarschall von Mackensen das Verfahren in Gang gebracht hatte. Sein Refle und eine Reihe anderer pommerischer Rittergutsbesitzer deutschnationaler Gesinnung befauden sich unter den schwer Mißhandelten.

Es geht im „dritten Reich“ etwas stark drüber und drunter. Was nach den Intentionen der Oberen geheim gehalten werden soll, entläßt sich unten aus den verschiedensten Anlässen. Im vorliegenden Falle brachte die Freude der SA die Wahrheit unserer Behauptung an den Tag. Göring, der Hüter des Rechts, hat jetzt keine SA-Kameraden samt und sonders begnadigt, indem er die hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen in fünfwöchentliche Freiheitsstrafen umwandelte, die als verbüßt angesehen werden. Verhältnismäßig lächelt die SA. Wie hätte ihr Göring, der Justizler der Greuelthaten, anders handeln können!

Aber das ist nicht das Tollste. Das „Ministerialblatt für die preussische innere Verwaltung“ vom 18. April 1934, das zwölf Tage nach der Urteilsverkündung in Sachen Dr. Hoffmann und Genossen herausgekommen ist, zeigt amtlich auf Blatt 602 folgendes an:

„Zum Regierungsassessor beim Polizeipräsidenten in Steintin wird ernannt: Dr. Hoffmann.“

Der Kriminalangestellte Dr. Hoffmann aus Steintin, der am 6. April 13 Jahre Zuchthaus aufgebremst erhielt, und im Urteil als Menschenhinder und Sadist hohen Grades festgenagelt wurde, wird nicht nur begnadigt, sondern als höherer Polizeibeamter auf die Menschheit losgelassen.

Illegale „Touristen“

Nachdem im Mai vorigen Jahres der technische Leiter des Rosporklubs in Nürnberg, einer Unterorganisation der RPD, verhaftet worden war, hatten der 24jährige Monteur Richard Schilling und der 24jährige Radfahrer Hans Glais, beide aus Nürnberg, es übernommen diesen roten Kampfbund in einen harmlosen Touristenklub umzuorganisieren und zwar auf Anordnung der Berliner kommunistischen Zentrale. Daraufhin wurden nun die Obengenannten von dem Obersten Landesgericht München zur Verantwortung gezogen. Sie wurden wegen Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, und zwar Schilling zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, Glais zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:		im Monat	Einzelverkauf
Saargebiet	fr. Fr.	12,-	0,60
Frankreich	fr. Fr.	12,-	0,60
Luxemburg	belg. Fr.	15,-	0,70
Belgien	belg. Fr.	15,-	0,85
Neubelgien (Eupen-Malmedy)	belg. Fr.	12,-	0,50
Holland	fl.	1,50	0,12
Dänemark	Kr.	3,20	0,20
Schweden	Kr.	2,60	0,20
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,20
Oesterreich	Schilling	7,50	0,30
Tschechoslowakei	Kr.	30,-	1,20
England	sh	4,-	3 d
Palästina	sh	4,-	—
Spanien	Peseta	6,-	—
Polen	Zloty	4,20	—
Rußland	Rubel	1,-	—
Argentinien	Peso	3,-	—

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Bestelle. mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

monstrationszug zustande, indem die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer widerwillig und mit geballter Faust im Saal marschiert.

Arbeitsschlacht und Lohnzuschuß

Ein Dokument

Ausweis für Beschäftigungszuschuß

gültig bis 31. 5. 1934.

Der Bezirksfürsorgeverband Pirmasens-Stadt (Wohlfahrtsamt) gewährt jedem Arbeitgeber, dessen Betrieb seinen Sitz in Pirmasens hat, den Betrag von zehn Reichsmark als Beschäftigungszuschuß für jede Woche, in welcher er den Inhaber dieses Ausweises Herrn . . . gegen Lohn beschäftigt, jedoch nicht länger als auf die Dauer von 13 Wochen und nur bei Vorliegen der nachgenannten Bedingungen. Der Lohnzuschuß kann allwöchentlich Samstags oder für mehrere Wochen zusammen beim Wohlfahrtsamt in Empfang genommen werden.

Bedingungen

- Der Eingestellte muß franken- und arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt werden.
- Es muß ihm der Tariflohn, mangels Bestehens eines Tariflohnes der ortübliche Lohn gezahlt werden.
- Sein tatsächlicher Nettoeinkommen muß in der Woche mindestens den Betrag von 20 RM. erreichen. (Nettolohn ist der Lohn abzüglich der nach dem Gesetz in Abzug zu bringenden Lohnsteuer und Beiträge zur Reichsrenten-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung).
- Es darf ab Donnerstag, den 26. April 1934 kein in Pirmasens wohnender Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber, welcher den Beschäftigungszuschuß in Anspruch nimmt, entlassen werden oder entlassen worden sein.
- Der Beschäftigungszuschuß wird nur gegen Vorlage einer Bescheinigung der Allgemeinen Ortskrankenkasse über das Vorliegen der zu Ziffer 1 und 4 sowie einer Bescheinigung des Arbeitgebers über das Vorliegen der zu Ziffer 2 und 3 gesetzten Bedingungen ausbezahlt.

An die Arbeitgeber!

Helft mit, die Volksgenossen aus unserer Stadt, welche noch ohne Arbeit sind, in Arbeit zu bringen. Das Wohlfahrtsamt gibt euch durch den Beschäftigungszuschuß die Möglichkeit.

An den Arbeitslosen!

Sie werden hiermit verpflichtet, mit gegenwärtigem Ausweis die verschiedenen Arbeitgeber aufzusuchen und um Arbeit nachzufragen. Es hat dies jedoch zu einer Zeit zu geschehen, wo keine Pflichtarbeit geleistet wird. Wird erfolglos um Arbeit nachgefragt, so müssen Sie sich das auf der Rückseite dieses Ausweises Beschäftigen lassen.

Berliner Kurzbrieft

SS.-Exzesse

Man schreibt uns aus Berlin:

Vor etwa 2 Wochen (früher konnte ich nicht schreiben, weil die Personalien nicht bekannt waren) ging der Blockwart des Deutschen Luftschutzbundes Karl Eitger, Berlin SW 19, Schleiermacherstraße 8, mit mehreren Leuten von einer Sitzung kommend die Friedrichstraße hinunter, Richtung Halleisches Tor. Als sie an einem Lokal zwischen Kochstraße und Halleisches Tor vorbei kamen, stürzte plötzlich eine Horde SS-Leute heraus. Einer dieser Furien schlug dem Eitger von hinten einen harten Gegenstand auf den Kopf, so daß dieser sofort tot zusammenbrach, und das alles ohne Ursache. Angeblich sollten die Blockwarte im Vorbeigehen an das Schaufenster des Lokals geknurren haben. Das wäre auch ein Grund, einen Menschen sofort totzuschlagen. In Wirklichkeit war es tatsächlich so, daß ein SS- oder SA-Mann kurz vorher von außen an die Scheibe geklopft hatte. Da die Blockwarte gerade vorbeigingen, wurden sie für die Täter gehalten. Der Täter wurde merkwürdigerweise sofort verhaftet und das Verfahren gegen ihn eingeleitet. Er hat dann in der Verhandlung erklärt, er hätte mit der bloßen Faust geschlagen. Die Sache wird nun erst noch untersucht. Eitger, der 6 Jahre verheiratet war, wurde unter einer Kleinbeteiligung beigelegt. Alle Berliner Blockwarte des Luftschutzbundes waren erschienen, gewissermaßen als Protestkundgebung. Trotzdem über die Sache Stillschweigen bewahrt werden sollte und alle Blockwarte vereidigt sind, wußten alle Begräbnisteilnehmer davon. Eine Gruppe SS-Leute war auch erschienen. Die müssen aber wohl gebührend empfangen worden sein, denn sie sind bald abgedampft, ohne mit auf den Kirchhof gegangen zu sein.

Die Tat geschah nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr am hellen Tage auf der Friedrichstraße im glorreichen „dritten Reich“.

Ein früherer Reichsbanner-Mann, jetzt SA, mit zwei Sternen hatte 150 Mark unterschlagen. Vorige Woche fand man ihn erschossen im Tiergarten. Ob er sich das Leben genommen hat, wo seine Frau Rente bezieht und er eine gute Stellung hat und das Geld hätte jederzeit zurückzahlen können?

nischer Berater der Benz-Fabriken und außerdem noch 12 000 Mark für einen ähnlichen Posten bei den Junkerwerken. Hierbei muß man im übrigen auch nicht aus dem Auge verlieren, daß Göring noch einer der größten Anteilhaber der Fabrik Benz ist! G o b b e l s vereinnahmt in seiner nationalsozialistischen Persönlichkeit nicht allein die Pflichten eines Propagandaministers, aber auch die des Vorsitzenden der Himmlerabteilung der Handelskammer. Er war außerdem Eigentümer der Tageszeitung „Der Angriff“, die ihrem Besitzer im Jahre 1933 247 000 Mark Reingewinn einbrachte! Man sieht heraus, daß die Einkünfte der drei Hauptführer des deutschen Nationalsozialismus in der heutigen Krisenzeit nicht, was man nennt, unter Ruß sind.“

Schwindel mit Margarine-bezugsscheinen aufgedeckt

Gleiwitz, 10. Mai. Die Gleiwitzer Kriminalpolizei hat einen großangelegten Betrug mit Margarineverbilligungsscheinen für bedürftige Volksgenossen aufgedeckt. Die Schiebungen rührten ihren Ausgang in Gleiwitz und Hindenburg, wo sie in Angestellten der Fürsorgeämter größere Mengen der Abgüsse unterhielt und sie an einen hiesigen Bäckermeister verkaufte. Dieser vertrieb die Scheine weiter, die bei Kolonialwarenhändlern gegen gute Bezahlung abgelehrt wurden. Die Margarine wurde dann als Konsummargarine veräußert. Insgesamt wurden 12 Personen der Teilnahme an dieser Schiebung einwandfrei überführt. Die Schuldigen sind gefälligst. Teilhaft von ihnen wurden festgenommen.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben:

Für diesmal möchte ich Dir folgendes berichten: Einige mittlere Fabriken arbeiten gegenwärtig mit Hochdruck. Auch Handwerksleute wie Schreiner, Schlosser, Tüncher, Blechschmiede und Glaser haben viel zu tun, aber sie werden von Tag zu Tag unzufriedener, weil ihnen die vom Reich gewährten Zuschüsse sehr schlecht ausbezahlt werden. Die größten Betriebe wie Rheinberger und Reuffer arbeiten verfürzt. Rheinberger sollte beim Beginn der diesjährigen Arbeitsschlacht gezwungen werden 40-50 Arbeitslose einzustellen. Das lehnte er aber mit der Begründung ab, die schlechte Lage seines Betriebes erlaube dies nicht. Dann verlangten die Nazis, daß er 20-25 ältere SA-Leute Platz machen müsse. Er verweigerte dies mit den Worten: „Bei mir gibt es nur Arbeiter, keine SA-Leute.“ Daraufhin wurde er verhaftet, aber nach 4 Stunden auf Anweisung des Reichsministers Fried, der von Frau Pfitzer, der Schwester Rheinbergers angerufen wurde, wieder auf freien Fuß gesetzt. Andere Fabrikanten hielten unter diesem Druck etliche Arbeiter ein, aber auf Kosten der übrigen Belegschaft.

Am Tunnelbau und bei der Konalifizierung sind etwa 500 Leute beschäftigt für 50 Pfennig pro Stunde. Am Flugplatz arbeiten immer noch ungefähr 1000 Leute Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die für ihre geringe Unterstützung täglich 8 Stunden arbeiten müssen.

In einigen Fällen wurde auf die Unterstützung Verzicht geleistet, um nicht dorthin zu müssen. Kürzlich hielt Bürgermeister Dr. Kamm vor den verbitterten Arbeitern eine kurze Ansprache, die er mit dem üblichen Heil Hitler beendete. Außer den Aufsehern hob kein Mann die Hand zum Gruß in die Höhe.

Wenn Du Dich für die Aktion „Mutter und Kind“ interessierst, kann ich Dir einige interessante Mitteilungen machen, allerdings nur Schlechtes. Man schickt, weil sie Unterstützung beziehen auf Glasberg, ins Glasial und andere entlegene Waldgebirgen, wo sie von früh bis spät bei jedem Wetter arbeiten müssen, während die Kinder entweder ohne Aufsicht, oder in fremder Obhut bleiben müssen, oft ohne ein warmes Essen. Wenn die Mutter mit Rücksicht auf die Kinder die Arbeit verweigert, kann sie verhungern, denn die Unterstützung wird dann rückwärts gesperrt. Eine Frau, deren Mann schwer krank im Krankenhaus liegt, erlitten im Büro des Zentralverbandes der Schuhmacher, um das Krankengeld ihres Mannes abzuholen, das sie schon für längere Zeit zu gute hatte. Als man ihr das Geld wieder verweigerte, reagierte sie die Frau, die 4 Kinder zu ernähren hat auf und schimpfte über die heutigen erbärmlichen Zustände. Darauf wurde sie hinausgeworfen ohne Unterstützung.

Es sind Fälle da, wo 20 bis 25 Wochen schon keine Unterstützung mehr bezahlt wird. Die Gewerkschaftler sind alle der Ansicht, daß kein Geld mehr vorhanden ist, daß es auf andere Weise verschwendet wurde.

Früher erschien alle viertel Jahr eine Abrechnung. Jedes Mitglied wußte, daß der Verband ein Barvermögen von 5 Millionen Reichsmark hatte. Jetzt gibt es keine Abrechnung mehr, niemand weiß wo das Geld hinkommt. Die Leiter der RSD. nimmt kein Mensch mehr ernst. Feldmüller mußte entlassen werden, weil er sich von einem jüdischen Fabrikanten besetzen ließ und der Kassierer Seffrin soll am 1. Mai entlassen werden, weil er als unehrlicher Kassierer entlarvt wurde. Daß die Arbeiter auch von den Führern der Arbeitstront nichts mehr wissen wollen, beweist folgender Fall: Wohlleben, der Führer der Lederarbeiter, hielt am 14. 4. in Heidelberg eine öffentliche Kundgebung ab, wozu alle Schuhmacher eingeladen wurden. Die Betriebsräte wurden überaus ein Extratona sollte die Leute hindringen, aber es gelang noch nicht 100 Arbeiter für die Sache zu gewinnen. Der Zug mußte abgefaßt werden. Bei Ab. hatten sich von etwa 2000 Arbeitern nur 13 gemeldet. Fein schimpfte und sagte, es wäre traurig, daß die 20 000 Arbeiter der Stadt nicht mehr Interesse aufbringen für ihre Führer.

Ueber die Vertrauensratswahlen kann ich Dir sehr kurz mitteilen, daß Wahlen hier überhaupt nicht stattgefunden haben. Der Fabrikant suchte sich einige Schmarozker heraus, bezeichnete sie als Vertrauensrat und stellte fest, daß sich kein Widerspruch erhob.

Es sind 2 Fälle aus mittleren Betrieben bekannt, wo die Arbeiter bestimmte Personen wählten, aber das lehnte der Unternehmer ab mit dem Hinweis, daß nur Leute in Frage kommen könnten, die für den Betrieb nicht solche, die nur für die Arbeiter eintreten würden.

Die Neuregelung der Milchverteilung ist jetzt durchgeführt. Von 130 Milchhändlern bekamen nur 17 die Konzession zum Verkauf, die anderen mußten am 1. Mai den Verkauf einstellen. Dabei sind Geschäftsleute und Bauern, die schon seit 40 Jahren in der Stadt die Milch verkaufen. Kannst Du also vorstellen, welche Empörung darüber herrscht.

Welchen Umfang bereits auch in der Pfalz die Korruption angenommen hat, werde ich Dir nächstens berichten. Mir sind ungefähr 30 sehr interessante Fälle bekannt.

Das Mai-Abzeichen wurde auf Veranlassung der RSD. jedem Arbeiter in die Lohnkarte angelegt und am Lohn abgezogen. Darüber hinaus wurden noch weitere Abzüge gemacht, so daß große Empörung, weil wieder die Arbeiter allein den ganzen Schwindel bezahlen müssen. Der 1. Mai soll bezahlt werden. So kommt wieder ein gewaltiger De-

„Idealisten“

Vergessenheit oder Unwissenheit?

In „Het Vaderland“ (Den Haag) lesen wir u. a.: „Gleich nachdem Hitler die Regierung angetreten hatte erklärte er, daß er zugunsten des Staates auf sein Gehalt als Reichkanzler verzichten würde. Die Deutschen vergessen (oder vielleicht wissen sie es nicht), daß Hitler der einzige Eigentümer des „Völkischen Beobachter“ ist, dem offiziellen nationalsozialistischen Tagesblatt, und daß dieses Blatt im Jahre 1933 seinem Eigentümer nicht weniger als einen Reinverdienst von 189 000 Mark einbrachte (laut einer Angabe, zu der alle Unternehmungen durch die Regierung verpflichtet sind). Dann kommen noch die kleinen Nebenverdienste. Das Autorrecht für sein Buch „Mein Kampf“ hat Hitler in Deutschland und im Ausland 130 000 Mark eingebracht. Darin sind noch nicht einmal die Honorare für seine zahlreichen Artikel und Interviews einbezogen. (Wahrscheinlich hat Hitler von einer amerikanischen Agentur ein sehr solides Honorar für seine „Erklärung“ empfangen. Es handelte sich also eigentlich um maschinelle Artikel.) Göring, der erste Helfer von Hitler, empfängt auch sehr „unheimliche“ Beträge für seine nationalsozialistische Arbeit. Er selbst hat er die folgenden Einkünfte: 1. Vorsitzender vom Ministerialrat, 2. Innenminister von Preußen, 3. Luftfahrtminister, 4. Haupt der politischen Polizei, 5. Vorsitzender des Reichstages und 6. Direktor der staatlichen Theater. Außerdem bezieht Göring noch 4000 Mark Beerdigungspension, 18 000 Mark in seiner Funktion als tech-

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Pariser Universität ist nach den Zwischenfällen, wegen derer sie vorübergehend geschlossen war, wieder geöffnet worden. Es wird angekündigt, daß der Professor Prenant, dessen Mitteilung, daß er für die Mai-Demonstranten eine Vorlesung wiederholen werde, die Camelots auf den Plan rief, seine nächste Vorlesung halten werde.

Am nächsten Sonntag wird die Pariser Messe im Ausstellungspark an der Porte de Versailles bis 11.30 Uhr unentgeltlich der Besichtigung geöffnet sein.

Im Jahre 1933 wurden, wie bekannt wird, 530 Filme in Frankreich uraufgeführt. Von diesen waren 150 in Frankreich hergestellt, 230 waren amerikanische, 113 deutsche (einschließlich der österreichischen), 34 englische und 17 italienische.

Eine unveröffentlichte Komödie von Bernard Shaw „Liebe auf dem Dorf“, in drei Akten, wird am 21. Mai in englischer Sprache im Theatre Albert I er aufgeführt werden, zusammen mit dem Stücke „Anthony and Anna“ des bekannten Kritikers John Ervine vom „Observer“.

Deutscher Klub

Im Pariser nicht gleichgeschalteten Deutschen Klub ist heute, Samstag, um 21 Uhr geselliges Beisammensein mit Tanz, zu dem Gäste gerne willkommen sind. Eintritt: 5 Franken (Stellunglose: 3 Franken). Adresse: Université du Parthénon, 64, Rue du Rocher, Paris 8^e.

Der Tag der verbrannten Bücher in Paris

Der Jahrestag der großen Bücherverbrennung vor der Berliner Universität wurde in Paris durch die Einweihung der Deutschen Freiheitsbibliothek festlich begangen. Der „Populaire“ gedenkt dieses Ereignisses in einem kleinen Widmungsartikel und verweist darauf, daß Heinrich Mann mit André Gide, Romain Rolland, H. G. Wells und Lion Feuchtwanger das internationale Komitee bilden.

Die Bibliothek, die alle verbrannten, zensurierten und verbotenen Bücher des „dritten Reichs“ von Lessing bis heute umfassen wird, ferner zahlreiche Werke von Büchereien Emigrierter und alle Bände zum Studium des Hitler-Faschismus von Houston Stewart Chamberlain bis Rosenberg, Hitler und Banse, ist am Himmelfahrtstage im Gebäude 65, boulevard Arago, Pavillon 17, eröffnet worden. Als Redner waren die Schriftsteller Edmond Fleg, H. R. Lenormand und Egon Erwin Kisch bestimmt.

Als besonders noble Geste verdient erwähnt zu werden, daß ein sehr bekannter Zeitungsmann seine umfangreiche Bibliothek von 20.000 Bänden, die er aus Deutschland retten konnte, der Freiheitsbibliothek zur Verfügung gestellt hat. Weitere Stiftungen und Auskünfte sind im Pavillon 17 bei der oben angegebenen Adresse zu erlangen.

Paul Valéry über die „Semiramis“

Der bekannte Dichter Paul Valéry, der das Libretto zu der Oper „Semiramis“ für Ida Rubinstein in der Pariser großen Oper geschrieben hat, teilt mit, daß er seine Semiramis im Gegensatz zu der des Voltaire nicht babylonisch gesehen habe, außer im großen asiatischen Prunk. Seine Heldin sei eine dreifache Offenbarung der Kraft, der Ueppigkeit, des Ehrgeizes. Die Frage, ob die Semiramis wirklich gelebt habe, lasse er sie selbst beantworten, indem sie auf dem Scheiterhaufen, beim freiwilligen Opfer, unter den Klängen des Sonnengottes sage: „Ich wollte so groß sein, daß die Menschen einer späteren Zeit nicht glauben, daß ich gelebt habe.“

Die Semiramis, fuhr der Dichter fort, werde den Mund nicht öffnen bis zur Stunde des Todes. Ida Rubinstein werde stumm spielen, im ersten Akt eine Kriegerin, einen weiblichen Alexander, im zweiten Akt stehe das Liebesbett, im dritten Akt werde sie im Sonnensturm als Flammensäule zum Himmel steigen.

Tél. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. b) Chirurgie c) Orthopädie d) Geburtshilfliche Klinik e) Zahnärztliches Kabinett
Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Die Pariser Polizei verbietet Papen

Bei Strichproben in den Pariser Kinos konnten wir feststellen, daß die eigenartige Rede in der Fox-Wochenschau, in der Herr von Papen die Pariser auf Französisch aufklärte, daß die Saar für Hitler auf den Protest der Presse hin stimmen müsse, überall ausgeschnitten worden war. Auch der Aubert-Palast, der durch besondere Verträge an die Ufa gebunden ist, mußte die Rede weglassen. Als Rest vom Schüßgenfest hängt lediglich in einem der Aktualitäten-Kinos, in denen man für 3 oder 4 Franken die Wochenereignisse und einige lustige Mickymaus- und Kurzfilme sehen kann, das Bild des sehr gealterten Vizekanzlers mit gesenkten Augen und der Brille. Aber reden darf er nicht mehr.

In einer Information von „Gallus“ wird in die Öffentlichkeit gebracht, was sich Eingeweihte erzählen, nämlich daß die Ausschneidung der Worte Papens von der Pariser Polizei angeordnet ist. Derselbe Plauderer teilt mit, daß sonst Unruhe der Bevölkerung aus Anlaß der Rede zu befürchten gewesen sei, und er nennt auch einige Kraftstellen aus dem vorgelesenen Texte dieses Meister-Diplomaten. Herr von Papen hat, nach diesem Zeugnis, mit „befehlender Stimme“ und „brutalem Ausdruck“ gesprochen, und er hat unter anderem gesagt, „daß man mit einer historischen Lüge aufräumen müsse“. Er habe nicht zu überzeugen versucht, sondern er habe in schneidendem Ton gesprochen, der ganz dazu angetan, die Hörer zu erbittern. Sogar der große Schmerz wird dem in derlei Dingen so empfindlichen Hitler-Baron zugefügt, daß ihm nachgesagt wird, daß er guttural und hämmernd Französisch spreche. Jedoch spreche er so deutlich, daß man „klar empfindet, daß sich unter dem Firnis des Kulturmenschen der Krieger verberge“, der eines Tages den Abscheu der Deutschen vor dem Strohtode in Worte kleidet.“

Gallus schließt mit der Feststellung, daß die Franzosen „nunmehr durch ein unwiderlegliches Beweisstück wissen, was die kleinen Friedensschalmeien wert sind, mit der unsere gefährlichen Nachbarn uns bisweilen einschläfern möchten.“ Man wird nicht behaupten können, daß diese Kennzeichnung eines Mannes, den Hitler in besonderem Sinne der Saar vorgesetzt hat, falsch sei.

Im übrigen spricht es sich herum, durch welche besonderen hitlerdeutschen Machenschaften es möglich war, daß die Fox-Wochenschau den seltsamen Text des Ritters Franz ohne Furcht und Tadel aufnahm. Daß dieselbe Fox-Wochenschau auch in besonders guter Aufmachung die deutschen Reiteroffiziere bei dem Turnier in Rom zeigt und die französischen fast verschwinden läßt, ist wohl ebenso wie die Großaufnahme des blassen Gesichtes des deutschen Exkronprinzen bei diesem Reiterfest nur ein Zufall.

Liebesromane vor dem Schwurgericht der Seine

In dem Palast hinter dem goldenen Gitter wickelten sich wieder zwei der Liebestragödien ab, die in diesem romantischen Lande fast alle den Charakter der unsterblichen Madame Bovary annehmen oder doch mit ihm Ähnlichkeit haben. Der Franzose ist politisch bekanntlich von unendlicher Geduld und ein Gegner des Krieges von Grund auf. Aber in Liebesdingen knallts oft.

Die erste, die vor den Richtern aus dem Volke erschien, war die 30jährige Frau eines Kleinbürgers, „Fifine“ von ihren Trauten genannt, mit richtigem Namen Josephine Ogée. Sie hatte vier Jahre lang ein Verhältnis mit einem Ingenieur, die schwärmerisch veranlagte Bretonin. Schließlich wollte der Ingenieur aber eine andere heiraten. Da verbrachte die Geliebte das letzte Mal eine Nacht mit ihm und schoß ihn am Morgen mit vier Revolverkugeln über den Haufen.

Jetzt sitzt sie da und weint. Die Leumundszeugnisse sind nicht gerade günstig. Es scheint, daß die offenbar mit unruhigem Sinn versehene Frau von ihrem Geliebten auch in die Arme eines anderen getrieben wurde. Es heißt sogar, daß sie abends in der Nähe des bois de Boulogne gegangen sein soll, um Abenteuer zu suchen, weil dort gewisse Szenen gesucht werden, — (die aber zweifellos, mindestens seit etwa drei oder fünf Jahren, seit der „Reinigung“ des bois, eine unfromme Sage sind.)

Jedenfalls mit der Tugend war es wohl nicht groß. Dennoch hat ihr der Ehemann Ogée verziehen. Er erschien vor Gericht, ein wenig demütig, und sagte, daß er die Reuige wieder in den Haushalt aufnehmen wolle und fuhr fort: „Ich schwöre, daß sie ein neues Leben beginnt und bitte um Gnade.“ Der bekannte Anwalt Campinchi sagte ihm: „Sie sind betrogen worden, aber Napoleon und Victor Hugo passierte das auch.“ Dann hielt der Anwalt J. C. Legrand, der jetzt groß in Mode kommt und der wohl auch Violette Nozières verteidigen wird, eine Rede für die vor den Schranken Stehende und flehte die Milde des Gerichtes an. Nach einiger Ueberlegung sprachen die Geschworenen die Frau des Kleinbürgers frei. Ogée wird, nachdem der Nebenbuhler tot ist, die Ehe mit der Vielgeprüften wieder wagen. Aber er muß auch noch, o bitteres Salz, die Tausende von Franken für Gericht, Verteidigung und Schadenersatz bezahlen. Denn die französische Strafjustiz ist milde, aber in Geldsachen ist nicht zu spassen....

Der nächste Fall ist ein etwas aufgeregter Hausstand in wilder Ehe, den die Franzosen „faux menage“ nennen. Julia Fillault, liebedürftige Witwe im noch anspruchsvollen Alter von achtunddreißig Jahren, wohnt zusammen mit José Fernandez Sardo, einem heißherzigen Portugiesen. Dies waren aber im Gegensatz zu Fefine, deren Mann über Geld verfügte und die selbst als Kassiererin in einer Fabrik für Autoteile tätig war, wo eben sie ihren Ingenieur kennen gelernt hatte, arme Teufel. Der Südländer war ein armer Erdarbeiter, und sie war Köchin und führte ihm den Haushalt. Aber es war nur ein armseliges Heim, eine Baracke an der Grenze der Stadt, in das der Arbeiter zurückkehrte, wenn er mit seiner täglichen Abrackerei fertig war, und wenn er sich austrecken wollte, war häufig nichts fertig, denn es scheint, daß diese Köchin trotz ihres

Berufes die Hausarbeit scheute und nur das Nötigste versah.

Der Portugiese, wie gutmütige Arbeiter sind, sah sich das eine Zeit mit an, dann faßte ihn der Zorn, und eines Abends drängte er sie hinaus. Die Witwe ging, die Tür der Baracke knarrte, die Nachbarn schauten aus ihren Bretterverschlägen, sie waren solche Szenen bei dem Bruder José schon gewöhnt. Da, was ist das? Die Geliebte kehrt zurück, man hört ein Fenster klirren, sie greift durch, schiebt den Riegel herum und steigt wieder ein, dann hört man einen Fall, ein Röcheln....

Als die Nachbarn zusammenlaufen, liegt der Erdarbeiter auf dem Bett und die zitternde Frau zieht ihm das blutüberlaufene Hemd aus, trocken damit das viele Blut, das aus der Wunde rinnt. Aber es hilft nichts mehr, in kurzer Zeit ist der Mann verblutet, noch bevor der Krankenwagen, den die Leute holten, die Barackenstadt erreichte.

Die junge Frau wurde verhaftet. Sie gab bei der Untersuchung und vor den Geschworenen die verschiedenartigsten Erklärungen der Bluttat, darunter auch eine lächerliche. Die Wahrheit wird aber wohl gewesen sein, daß sie in der Erregung und aus gekränkter weiblicher Eitelkeit dem Opfer ein Küchenmesser einrannte. Freilich sagte sie dann wieder, daß sie in gesetzlicher Notwehr gestochen habe, auch behauptete sie zu anderer Zeit, den Geliebten nur gebissen zu haben und sagte, er habe sich beim Öffnen von Austern geschnitten — Austern sind ein Volksnahrungsmittel in Frankreich.

So kam die Barackenstadt mit Austern vor das Pariser Schwurgericht. Das Urteil wird nach der Verteidigung der Köchin, die ebenfalls der große Anwalt J. C. Legrand gehalten hat, gesprochen werden.

BRIEFKASTEN

Klaus Kühn. Es ist reizend, daß Sie uns wieder mal geschrieben haben. Gure Waifeier bestand vorwiegend aus „Kontrollierten“? Die Kontrollierten wurden in der Badstr. ausgeteilt und auf dem Festplatz wieder eingefammelt, damit die Razibonzen genau feststellen konnten, wer vorchriftsmäßig die nötige Begeisterung aufgebracht hatte. An einer Stelle wurden die Kontrollierten schon eine kurze Strecke vor dem Festplatz eingefammelt. Die Folge war, daß Ihr Euch massenhaft gedrückt habt. Die SA und die SS schwärmten lustigst aus, um noch zu retten, was von den Nützigen zu retten war. Am härtesten war der passiv Widerstand bei den Innungsstrauern. Die Schuhmacherinnung brachte ganze 45 Mann auf die Beine. Bei den Badermeistern war es nicht viel besser. Auf dem Festplatz wurden die Namen der Innungsmitgliedlicher verlesen und siehe da, es fehlten viele. — Schönste Grüße!

„Rheinisches Mädchen.“ Ihr Brief bringt uns leider keine Rheinpost, sondern bittere Klagen über die wachsenden Notstände. Margaritas sei manchmal wochenlang kaum aufzutreiben. Fett und Butter seien bei den Köchen und gekürzten Renten nicht zu beschaffen. Man könne doch nicht mit Rübenkraut schmelzen. Im Würstchenbrühe stehe man in langen Schlangenreihen an. Gure große Zeit macht sich!

„Deutsche Zeitschrift.“ Ihr veröffentlicht mit Stolz folgende Zuschrift eines Lesers: „Ich möchte sagen, es ist die rechte Zeitschrift für alle, die aufgeschossen für die Gedanken und Ziele des neuen Reiches diesem ohne Vorbehalt anhängen und doch zugleich sich aus der Vergangenheit die Freude an einer geistigen Höherbildung bewahrt haben.“ — Aus der Vergangenheit! Seitdem der spirituelle Dr. Ken mit „Kraft und Freude“ regiert, ist es mit der Freude an der geistigen Höherbildung vorbei.

Badenfer. Sie übersenden uns Einladungen zu „Manöverbällen“ des SA im Hofgarten und in anderen Ecken Mannheimer. Na ja, selbst die Erholung muß militärisch aufgetragen werden. Ein Straußlicher Walzer kann nur in Kanonenspielen richtig getanzt werden.

V. Sch. Ob uns bekannt ist, daß antisemitische Literatur unter harmlosen Titeln wie „Blissjahrgang“, „Mommens römische Geschichte“ und „Notbuch der russischen Christenheit“ verbreitet wird? Es gibt glücklicherweise noch viel mehr solcher niedriger Werken. Wer kennt die Titel, nennt die Namen!

„Käppel.“ Ihnen hat ein Privatbrief Näheres über die katholischen blühenden Nazidemonstrationen vor dem bischöflichen Palais in Würzburg mitgeteilt. Die Menge habe das Portal zertrümmert und sei in das Haus eingedrungen. Die Polizei habe sich so gut wie passiv verhalten, jedenfalls habe sie sich recht gern der Gewalt gefügt, weil sie nicht wußte, was einem Beamten blüht, der den Dorden sich entgegenstellt.

C. N. Basel. Sie machen sich in Ihrem schweizerischen Unverstand darüber lustig, daß Sie in deutschen Zeitungen gelesen haben: „Bei offiziellen Aufmärschen der Arbeitsfront oder der Organisation „Kraft durch Freude“ ist in jedem Fall die offizielle blaue Schirmmütze zum Festhalten vorgeschrieben. Bei allen andern festlichen Gelegenheiten, zu denen der DAF-Anzug getragen werden darf, bleibt es jedem einzelnen überlassen, die Kopfbedeckung nach seinem persönlichen Geschmack zu wählen. Wilden dürfen u. a. Hüte, selbstverständlich auch Strohhüte für den Sommer getragen werden.“

Das scheint Ihnen noch zuviel an Reglementierung in der Reiderordnung zu sein. Wir finden, daß geradezu ein Rückfall in das überwundene liberalistische Zeitalter festzustellen ist, wenn Kopfbedeckungen, Strohhüte sogar, je nach persönlichem Geschmack getragen werden dürfen. Das reicht ja dazu an, sich auch eine Ueberzeugung nach persönlichem Geschmack zu bilden. Von da bis zu den Grenzen des Marxismus ist nur noch ein Schritt.

Deutscher Eisenbahner. Ihr verzeiht den Tollfuß das Niederbärtigkeit der Arbeiterbewegung nicht: Im Dienzimmer des Zugverwalters auf dem Wiener Nordbahnhof haben einige wasserländische Eisenbahner ein Plakat mit dem Bild Tollfuß aufgebängt und mit Häubchen geschmückt. Schon am nächsten Tage lag das Plakat zerissen auf dem Boden. Die Tollführer beschwerten sich beim Stationschef und hängten ein neues Plakat auf. Auch dieses blieb nicht lange hängen und lag bald darauf zerissen auf dem Boden. Das wiederholte sich einigemal, ohne daß die Täter gefast werden konnten. Am 12. April wurde wieder ein Plakat mit Tollfuß aufgebängt; am nächsten Tag früh wurde es mit Rot beschriftet gefunden. Es wurde eine strenge Untersuchung eingeleitet, jedoch bisher ohne Erfolg. Der Vorfall steht nicht vereinzelt da.“ Das ist bran!

Dr. H., Arafau. Sie teilen uns mit: „Anlässlich des Eintreffens der 1000 deutschen Ausflügler wurden in der ganzen Stadt, in den Theatern und Restaurants Flugblätter „Fort mit Hitler“ verbreitet.“ Zur Nachahmung empfohlen!

Für den Gesamtkontext verantwortlich: Johann Pich in Dudenweiler; für Inserate: Otto Kühn in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag; Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2, — Schillerplatz 776 Saarbrücken.

Steuerfragen Gesellschafts- gründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU

LICENCIE EN DROIT

ehemaliges Kontrollleur der direkten Steuer-
behörden, an von offiziellen Standpunkt
aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2). Telefon Louvre 22-93

Braunbuch II.

Diminuit contra Göring

Preis gebunden 27,- Fr.,
gebunden 30,- Fr.

Sofort lieferbar.

Nach auswärts nur gegen
Vorauszahlung des Betra-
ges. Frankreich einloch.
Porto gebunden 32,50 Fr.
gebunden 22,- Fr. Ausland
geb. 34,-, geb. 25,- Fr.

Ubrairie Populaire

Strasbourg

2, rue Sedillot h. d. Bâse

Erzählungen des polnischen Spions

Der frühere polnische Offizier Stanislas Krauß aus Oppeln, der nach seiner durch Verschwendung erzwungenen Flucht aus dem Lande des weißen Adlers für die deutsche Wehrmacht spionierte hat, brachte allerhand Erzählungen über seine Motive vor, die ein kleines Sittenbild aus dem heutigen „dritten Reich“ geben, wenn sie in dieser Form wahr sind.

Krauß sagte dem Untersuchungsrichter, daß ihn die deutschen Auftraggeber, bevor sie ihn als Spion anstellten, verschiedenen Proben unterzogen hätten. Er sei abwechselnd gequält und mit Zuckerbrot traktiert worden, indem man ihn in Nachtlokale und Luxusbetriebe führte, um ihm das Leben zu zeigen, das ihn erwarte, wenn er folgsam sei.

Der von dem Polen belastete französische Zahlmeister Frogé in Belfort leugnete bekanntlich alles und hat die Ueberführung des Spions nach Belfort beantragt. Der Pole widersetzt sich aber mit auffälligem Eigensinn dem Abtransport in das Loch der Vogesen und der Gegenüberstellung mit dem von ihm Beschuldigten.